

Graphische Stimmen

Organ des Graphischen Zentralverbandes.

Erscheint alle 14 Tage. Abonnementspreis 75 Pfg. vierteljährlich. Für die Mitglieder durch die Zahlstellen gratis.

Redaktion u. Verlag: Köln, Rentierwall 9. Redaktionschluss: Montag-Abend.

Anzeigenpreis: die Spalte, Zeile 20 Pfg. Für Mitglieder und in Verbandsangelegenheiten 10 Pfg. Für Postbezug: Postamt Köln 1.

Für das Recht!

Mit Ende dieses Jahres läutet im Gewerkschaftsleben ein fünfjähriger Waffenstillstand, der Deutsche Chemigraphen-Monopoltarif, ab. Alle Erinnerungen drängen sich dabei dem Eingeweihten auf, vor allem wie derselbe ins Leben getreten ist im Jahre 1905. Acht Jahre sind es jetzt, seitdem die deutschen Arbeiter in der im Chemigraphengewerbe ohne Berücksichtigung des rechtlichen Standpunktes die rühmliche Tat vollbrachten, einen Vertrag mit dem einseitig sozialdemokratischen Gewerkschaftsverband, betitelt Senefelderbund, abzuschließen, der nur den Senefelderbündlern allein das Recht auf Arbeit in die Hand drückte. Mag es mit oder ohne Wissen und Willen geschehen sein, darüber diskutiert man nicht mehr; das Eine aber ist sonnenklar, daß die einerseits so gewaltigen und andererseits so furchtlosen Herren als unbewußte Agitatoren mehr für die Sozialdemokratie geleistet haben, als die sog. Führer es damals vermocht hätten. Während den 8 Jahren sind durch den Zwangsvertrag mehr als 1500 Kollegen im graphischen Gewerbe der roten Gewerkschaft ins Reich geworfen worden. Wer bei solchen Arrangements die erste Geige spielt, dem gehört auch der Verdienst. Zu diesem Felle ist es der Herr Bürenstein in Berlin, noch befreundet mit dem Hof! — Ein Chemigraph, der heute noch so naiv wäre zu glauben, im freien deutschen Reich sich noch nach seiner Ueberzeugung organisieren zu dürfen, der muß es nicht bloß von den Gelehrten, nein, von den Meistern ohne Unterschied erfahren, daß er verurteilt muß, und sei er noch so tüchtig. Wo ein anders organisierter Chemigraph antwortet und um Konditionen kämpft, lautet die Antwort: Nur dann, wenn Sie eine Ausweiskarte vom Arbeitsnachweis des Senefelderbundes besitzen. Das heißt, auf gut deutsch überlegt: Entweder rot oder kein Brot. Und diese unglücklichen Worte prangen seit 8 Jahren über den Türen der Chemigraphischen Anhalttsbesitzer! — So darf es in unserem deutschen Rechtsstaat geschehen, wo man sonst gegen Patente, gegen dieses allgemeine Unrecht aber seine Handhabe findet. Worte allein, deren sind schon genug in Entrüstung gefallen, können nichts nützen, wo der Mut und die Kraft zur Tat fehlt.

Würde doch ohne Zaudern bei den Buchdruckern das Gleiche bestehen, wenn nicht bedeutame Faktoren alles aufhielten würden, gegen eine Wiederholung solch schwachvoller Knebelung Krom zu machen. Was soll nun mit dem Chemigraphentarif geschehen? Vorweg gesagt, als solcher soll er bestehen bleiben, aber gleiches Recht für Alle! Der Monopolarbeitsvertrag muß fallen und die Herren Arbeitgeber sollen nicht zum dritten Male die unbedingte soziale Freiheit und Gerechtigkeit durch ihre eigene Unterdrückung knebeln. Jeder Arbeiter, gleich weissen Berufes, also auch ein Chemigraph, muß Stellung erhalten können, gleich, ob er rot oder christlich gewerkschaftlich organisiert ist. Neue Meister, die zu dieser Einsicht nicht gelangen können, machen sich selbst zum Spielball der Sozialdemokratie! Diese Erkenntnis dämmert auch schon ganz gewaltig u. man hat zum größten Teil schon eingesehen, daß mit dieser engen Verbrüderung eine Dummheit gemacht wurde. Man fühlt in Arbeitgebertreibern vor allem, daß ein Rollenwechsel sich allmählich vollziehen würde, denn was die Herren der sog. Gewerkschaft einerseits bekämpfen, vertreiben sie andererseits sehr gut selbst zu spielen. Besser wäre es um das Ansehen der Prinzipalität bestellt, wenn man erkennen würde, daß solch ein Vertrag gegen die guten Sitten und gegen jede christliche Moral verstößt. — Dieses Jahr wird sich ja noch zeigen, ob man ethischen Willens ist, diese Mißgeburt kurzweg zu beseitigen. Es ist trotz früher Erfahrungen mit dem Senefelderbund nicht anzunehmen, daß derselbe als Vertragskontrahent diesen Monopolarbeitsvermittlungsvertrag unbedingt aufrecht erhält, oder um desentwillen den ganzen Tarif in Frage stellt. Würde er es tun, nun dann weiß es alle Welt, daß dem Senefelderbund es nicht um den Tarif als solchen, sondern nur um die Meinheitsrichtigkeit zu tun ist. Eine der traurigsten Erscheinungen in der Zeit der Tarifperiode ist das Ringen nach Alleinbesitz des Arbeitsnachweises, denn die sog. Gewerkschaften wissen sich damit das beste Mittel zum Zweck anzueignen, um ihren Gegnern die christliche Arbeiterschaft, am ergiebigsten bekämpfen zu können. Schon um des ethischen Wertes

willen dürfte jede Monopolbetriebsführung allgemein verboten werden.

Die christliche Gewerkschaft könnte unter dem Motto: „Aug' um Aug“, Jahr um Jahr das Gleiche machen, halt aber ihr Schild um der sozialen Entwicklung willen auch von solchen Mafeln rein. Das kann und muß jeder christliche Gegner zugeben. —

Wer in die zurzeit gegebene Situation des Chemigraphentarives eingeweiht ist, der fragt sich verwundert, ob denn die schiedsrichterlichen Instanzen in demselben alle den Kopf in den Sand stecken und drinnen bleiben wollen, damit der Eine den Andern, das Eine das Andere nicht sieht. Wenn wir vorerst von der Arbeit selbst reden, so muß zugestanden werden, daß in den großen Kunstankalten zum größten Teil ein Treibhörnchen existiert, das zu ersten Besorgnissen für das Gewerbe selbst Anlaß gibt. Wie mag es in einigen Jahren, wenn es so weiter geht, aussehen? Die Kollegen selbst, es muß diese leider betont werden, scheuen sich nicht, eine gefährliche Quadratcentimeterjagd mitzumachen und sagen sich selbst den Wit ab, auf dem sie sitzen. Was nützt denn das hohe Gehalt, wenn dasselbe nicht solid fundiert ist, indem dem Einzelnen statt zur Wohltat zur Gefahr wird, indem er in kurzer Zeit durch aufreibendes Nervenschinden invalid geworden? Da wäre Gelegenheit, dem Geist der Organisation, der Kraft der Zusammengehörigkeit Ausdruck zu verleihen und in Einheit zu rufen: Halt! Bis hierher und nicht weiter! Aber auf diesem Gebiete ist die Solidarität ein fremdes Wort. Da möge der Senefelderbund seine Kraft und Macht entfalten, die organisierten Kollegen waren um nicht selbst mitzugehen, der Schmutzfortsorgung in ausgedehntester Weise den Boden zu bereiten! Da fällt es auf, daß ein Prinzipal sich schwer vergeht und als Vertragsbrüchiger sofort vor den „Kabi“ geschleppt wird, wenn er sich erlauben würde, einen anders Organisierten einzustellen. Daß aber der größte Teil der Firmen sich gegenseitig Konkurrenz macht und die Preisconvention schon längst durchbrochen hat, diesen Vertragsbruch sieht man nicht. Es kann nicht gelugnet werden, daß Angebote von Firmen nachzuweisen sind, die um zwei Drittel unter dem Tarifabsatz stehen! Warum denn seitens des Senefelderbundes das eilige Schweigen, obwohl man diese Zustände genau weiß? — Nach der gegebenen Sachlage und nach der Art und Weise wie bisher verfahren wurde, sind die Aussichten für das Chemigraphengewerbe die denkbar ungünstigsten und auch nicht rosig für einen erneuten günstigen Tarifabschluß. Die großen Firmen können aushalten, aber die kleinen werden, soll der Tarif noch länger nur ein Anhängsel sein, oder ein Reigenakt für den Senefelderbund, vollständig aufgegeben! — Hat die Arbeitnehmerorganisation an all diese Folgen gedacht? Das Chemigraphengewerbe, das insolge seiner günstigen technischen Entwicklung in hoher Blüte stehen sollte, trägt durch den geschilderten Werdegang den Vernichtungsstein in sich und geht einer trüben Zeit entgegen!

Will man ein Besseres werden erhoffen, dazu gehört allerdings ein harter Eptismus, dann muß an der Wurzel angegriffen werden. Vor allem müssen die Arbeitgeber ihre Ehre darin setzen, die Vertragspflicht in deutscher Kaufmannstreu zu halten. Man möge doch Unterbietungen offen bekämpfen, statt bloß zu jammern, es bliebe keine andere Wahl, als die Preisdrückerei mitzumachen. Der Wettbewerb um Aufträge präge sich in der Qualität der Produktion aus, wie es einem Kunstgewerbe geziemt. Das graphische Gewerbe vertritt es einmal nicht, als ein geschäftliches Ausbeutungsgesicht zu gelten, um Geldsüßig werden zu können. Diese Sucht hat auf andere Industriezweige genug Nuch geladen. Durch dieses abscheuliche Gebahren ist das soziale Elend in den breiten Schichten der Bevölkerung ein bitterer Begleiter geworden!

Wenn man sich in Arbeitgebertreibern zur Solidarität auf diesem Wege die Hand reicht, — und die Kunstankaltbesitzer könnten es — dann legen sie den ersten Stein zur inneren Gesundung. Hoffentlich besitzenden die Herren aber auch ein weiteres Mitleid und lehnen es als mit Gerechtigkeit undereinander entschieden ab, mit dem sog. Verband in bezug auf Arbeitsnachweis allein einen Pakt abzuschließen. Wie oft schon wurde während dieser Zeit im Parlament in Berlin und München, auch bei anderen für das wirtschaftliche Interesse bedeutenden Anlässen auf die Verwerf-

lichkeit solcher niederen egoistischen Bestrebungen hingewiesen, ja man bezeichnete es oft schon als eine Schmach, wenn an diesem oder jenem Ort aus Furcht vor sog. Terrorismus die Meister so schwach und feige sind, sich dem roten Druck zu fügen und nur rot organisierte Gehilfen einstellen. Das allgemeine Urteil wäre daher für die Kunstankaltbesitzer kein rühmliches, wollten sie noch länger diesen Vertrag aufrecht erhalten. Hoffentlich wird dieses in Deutschland bestehende Unrecht mit einem kräftigen Keim in Zukunft aus der Welt geschafft. Die Entwicklung auf dem Wege völkerrichterlichen Fortschreitens kann solche dunkle Machinationen nicht mehr vertragen und auch der Senefelderbund wird sich dem Moralgesetz: daß Recht vor Macht geht und nicht umgekehrt, fügen müssen.

In unserer „Graphischen Stimmen“ wurde schon öfters nicht gegen den Chemigraphentarif, sondern gegen den Monopolvertrag Stellung genommen. Jedesmal ergoß sich dann eine Flut von Schmähungen gegen uns, aber nie veruchte man es ernsthaft, auf die Materie sachlich einzugehen. Mag es diesmal wieder so gehen. Uns kann das nicht abhalten, auch auf diesem Gebiete für die ungeschminkte Wahrheit und für die Freiheit des arbeitenden Volkes christlich einzutreten. Wir erblicken im Waschen und Fördern der Sozialdemokratie, auch in den Mitteln wie es die chemigraphischen Kunstankaltbesitzer es in diesem Falle getan, ein Emporkommen und Ausbreiten moderner Sklaverei, ein Sinken jeder höheren Kultur und eine geistige Degradation der Menschheit zur Philosophie des Unglaubens. Wer die Augen offen hat, findet jetzt schon ungezählte verführerische Plakate, die dazu führen. Was wir als christlich nationale Arbeiter wollen ist nichts anders, als ungeheuer einzutreten für das Recht. Viele Gefangene sind im Senefelderbund eingeschlossen, auch diese schließen sich mit gebundenen Händen als Nichtsozialdemokraten unseren Reihen an um zu kämpfen — für ihre Freiheit!

Wohnungsämter und Wohnungspflege.

Die Wohnungsfrage ist neuerdings eines der wichtigsten sozialen Probleme geworden. Die moderne Hygiene lehrt, daß zum Gedeihen der Menschheit in erster Linie gesunde, einwandfreie Wohnungen notwendig sind. Ja, ein bedeutender National-Ökonom hat nicht mit Unrecht gesagt: „Von der Wohnungsfrage hängt in erster Linie das Glück der Familie ab.“

Deshalb haben in den letzten Jahren auch staatliche und kommunale Behörden anerkannt, daß sie ihre Augenmerk der Pflege und Kontrolle der Wohnungen mehr als bisher zuwenden müssen. Man hat schon um die Jahrhundertwende umfangreiche Statistiken aufgenommen, und dabei teilweise sozial äußerst schädliche Verhältnisse festgestellt. Namentlich macht sich in den Städten neben der nicht ausreichenden Bereitstellung feiner Wohnungen eine mangelhafte Beschaffenheit derselben geltend. Abgesehen von ungenügenden Räumen, sind hygienisch nachteilig besonders der Mangel an Licht und frischer Luft, namentlich in den eng aneinandergerückten, hohen Mietkasernen mit tiefen Eingängen, in alten übermäßig ausgenutzten Häusern usw. denn die Feuchtigkeit in den Hof- und Kellerwohnungen und die große Hitze oder Kälte in den Dachwohnungen. Die Sterblichkeit wächst in den mittleren Geschossen von oben nach unten. Der gesundheitlich zu erfordernde Luftvolumen ist oft nicht vorhanden, da zu viele Menschen in einem Raum wohnen oder schlafen. Vielfach ist auch die Ausstattung der einzelnen Räume einer Wohnung mit Heizvorrichtungen sehr mangelhaft; so hatte z. B. in Berlin, Breslau, Königsberg mehr als 50 Prozent, in Berlin, Breslau, Dresden, Halle und Ulm nahezu 50 Prozent, in Frankfurt a. M. 9 Prozent, in Hamburg 20 Prozent, in München und Stuttgart 25 Prozent, in Karlsruhe aber nur 6 Prozent bewohnte Wohnungen nicht mehr als einen heizbaren Raum. Weitere Verhältnisse zeigten sich und zeigen sich auch noch in der Benützung der gleichen Zimmer als Arbeits-, Wohn- und Schlafstätten, namentlich dann, wenn schon an sich gesundheitschädliche Arbeiten, wie Kochen, Waschen, Bügeln, Hausindustriearbeiten usw., in diesen Räumen vorgenommen werden. Schmerzlich bedauernd ist auch das Schlafgemachwesen. Es hat sich überall ergeben: Je kleiner die Wohnfläche,

um so größer ist die durchschnittliche Befehung mit Personen. In Berlin kamen z. B. auf die Wohnungen mit Küche und Zimmer 15 Prozent, auf Wohnungen mit Zimmer, Kammer und Küche 48 Prozent aller überhaupt in der Stadt vorhandenen Schlafplätze.

Ein gutes Mittel zur Lösung der Wohnungsfrage und zur Abheilung aller der erwähnten Leiden bieten nur die in den letzten Jahren verschiedentlich — leider noch nicht überall — eingerichteten Wohnungssämter und die von ihnen ausgeübte „Wohnungspflege“. Man sagt die Tätigkeit der Wohnungssämter auch als staatliche oder kommunale „Wohnungsaufsicht“ auf.

Der erste deutsche Bundesstaat, der die Wohnungsaufsicht einführt, war Preußen; dann folgte Hamburg (beide Ende der neunziger Jahre), darauf Baden und Württemberg zu Anfang unseres Jahrhunderts. In Preußen ist ein Wohnungsaufsicht in Vorbereitung.

In vielen Städten, wo die Wohnungsaufsicht staatlich noch nicht durchgeführt ist, sind solche Maßnahmen von den Gemeindevorständen getroffen worden. Den Anfang machte vor zehn Jahren Wien, dann folgten einige andere rheinische Städte, im vergangenen Jahre Charlottenburg und die Reichshauptstadt Berlin ist gerade jetzt dabei, ein städtisches Wohnungsamt einzurichten. Charakteristisch ist, daß eine ganze Reihe von städtischen Körperschaften infolge ihrer Zusammenlegung aus Haus- und Grundbesitzern, der Wohnungsaufsicht ablehnend gegenüberstehen.

Trennungsgener ist es erfindlich, daß die Wohnungsaufsicht da, wo sie eingeführt worden ist, die auf sie gesetzten Erwartungen nicht getäuscht hat. Überall zeigten sich in den von den ärmeren Ständen bewohnten Bezirken so traurige Bilder tiefen Wohnungsleides, so trostlose Verhältnisse, daß der jedweden Wohnungspflege ein weites Feld der Tätigkeit geöffnet ist. Die bei der ersten Einrichtung ausgesprochene Versicherung, daß die Bürger den beamteten „Wohnungspflegern“ ihre Häuser und Läden verpfänden würden, erwies sich in den meisten Fällen als unbegründet.

Es zeigte sich sogar, daß die Bevölkerung in ihrem überwiegenden Teile bereit ist, den in wohlwollender und sachlicher Weise gegebenen Ratsschlüssen und Anordnungen der Organe des Wohnungsamtes zu folgen. Die meisten Hauswirte, die den Wohnungspflegern in seiner Tätigkeit sahen, haben erkannt, daß sie mit den gemäßigten Verbesserungen auch eine Hebung der Ertragsfähigkeit ihrer Häuser erzielen, besonders auch, als sie sahen, daß das Wohnungsamt bereit ist, die Mieter, wenn nötig, zu besseren Wohnsitzen zu ergreifen. Wo Wohnungssämter und Wohnungspfleger tätig sind, kommt es nicht nur vor, daß sich die Mieter über die Wohnung und über ihren Wirt beschweren, sondern es kommen auch sehr oft Anträge der Mieter, ihre Mieter zu veranlassen, die Wohnungen hygienisch sachgemäß zu behandeln. Häufiges Unwohlsein für die Mieter, die das Wohnungsamt oder ratlos die Mietschulden nicht zahlen können, sind in solchen Fällen waren es entweder stamische Jugenwandler der untersten Schicht mit erschöpfender niedrigem Kulturwissen, oder es waren besserstellte Kleinbürger, die ihrer „guten Stube“ die körperliche und sittliche Gesundheit ihrer Familie zu opfern bereit und von dieser über angebrachten Eiferwilligkeit schlicht oder gar nicht abzubringen waren. Fälle, wo man die „gute Stube“ leer stehen, dafür aber seine Kinder auf dunklen, nicht lästbaren Korridoren wohnen ließ, fanden sich in diesen Kreisen nicht selten, wo sie sich fanden, traten sie meist — eine Frucht des schlechten Beispiels — in demselben Hause wiederholt auf. Bezeichnend ist z. B., daß in einem Hause, in dem mehrere Fälle solcher mißbräuchlichen Benützung des Korridors festgestellt wurden, die Mieter die Befestigung des Mangels ablehnten mit dem Hinweis darauf, daß der Eigentümer des Hauses selbst den Korridor zum Schlafen benütze! Dabei besaß dieser eine Dreizimmerwohnung, in der zwei Zimmer nicht zum Schlafen benützt wurden!

Die städtischen Wohnungssämter haben neben einem Leiter in der Regel mehrere „Wohnungspfleger“, die bestimmte Bezirke häuserweise regelmäßig besuchen und bei Wirt u. Mietern auf Abheilung der vorgefundenen Mängel dringen. Dabei ist es aber absolut notwendig, daß zu Wohnungspflegern tatkräftige Personen gewählt werden, die nicht mit polizeilicher Schroffheit in die Haus- und Wohnverhältnisse eindringen, sondern auf dem Wege freundschaftlicher, verbindlicher Aussprache die Leute zu besserer Hygiene anleiten. Wohl verbindet man mit den Wohnungssämtern bestimmte Polizeiverordnungen, z. B. über An- und Abmelden von Wohnungen, über An- und Abmelden von Schlafgängern, über Vorschriften betr. die Befähigung der Räume mit Schlafplätzen, man verbietet u. a. das Zusammenwohnen und Schlafen in denselben Räumen der beiden Geschlechter der Schlafgänger — aber im großen und ganzen muß diese neue gemeinnützige Einrichtung mehr eine Wohlfahrtspflege, als eine polizeiliche Regierung und Bevormundung sein.

Großen Erfolg hatten die bisherigen Wohnungspfleger dabei ganz besonders gegenüber der mangelnden Trennung der Geschlechter in den Schlafräumen, sowie bei der Befestigung von Heberfüllungen, sowohl von einzelnen Schlafräumen wie von ganzen Wohnungen. Die Wohnungspfleger gaben Ratsschlüsse über eine andere Verteilung der Schlafstätten, die in den meisten Fällen auch befolgt wurden, gerade weil der sonst auf anderen Gebieten vielfach übliche polizeiliche Druck fehlte.

Daß überall eine offensichtliche Wechselwirkung zwischen veränderten Haushaltungen einerseits, und veränderten, menschenwürdigen Wohnungen, ja ganzer Wohnhäuser festgestellt wurde, mich nicht überraschen. Wo die Ursache und wo die Wirkung liegt, ist oft schwer zu entscheiden. Das eine aber darf als wichtige soziale Erfahrung angesehen werden: Das Leben in der Mietskammer bietet keinen Anreiz zur Verbesserung und Bereinigung der Wohnsitze; wo aber eine Tendenz zur Vermeidung der Wohnsitze vorhanden ist, wird sie durch die Mietskammer verstärkt und — wie durch Anreizung — weiter bestritten. Das Zusammenwachsen von Dutzenden von Familien unter einem Dach, die weit

vollkommene Abtrennung von der Natur, und die Unterbindung der natürlichen Bewegungsfreiheit bei jung und alt, ist nun einmal nicht geeignet, selbst bei gutgearteten Menschen ein Heimatsgefühl, Liebe zum Heim und damit Freude an seiner Erhaltung und Erhaltung zu erzeugen. Dadurch aber, daß die Mietskammern eine Anweisung verwehrter Haushaltungen in densozialer Sorge ermöglichen und in der Tat auch verursachen, müssen sie unter diesen Umständen geradezu wie Seuchenherde wirken. Die Verbrüderungen auf Ertrag der großstädtischen Mietskammern durch kleinere Wohnhäuser werden durch die organisierte Wohnungspflege daher gefördert werden. Die Behörden, die die Bebauungspläne und die Bauordnungen aufstellen, werden von der Wohnungspflege noch viel lernen können.

Wände Anreize und manche Hilfe erhalten die Wohnungssämter durch andere städtische und private Einrichtungen, die unmittelbar oder unmittelbar eine Hilfsbereitschaft ausüben. Insbesondere sei dabei auf die Organe der Armen- und Waisenpflege, auf die Haus- und Krankenpflegevereine, die Säuglingsfürsorgeanstalten für Säugende, die Armenärzte, die Fürsorgestellen für Alkohol- und Narkotikalkranke. Alle diese Einrichtungen finden sich ja neuerdings in den größeren Städten, und finden oft Gelegenheit, die Wohnungspflege auf vorgeschriebene oder beobachtete Mängel hinzuweisen. Stellt z. B. ein Wohnungspfleger bei einem Hausbesitzer unangenehme Personen ein, so demnachrichtig er furtzuehand die Fürsorgestelle, um für Versorgung des Kranken, der für seine Familie und für die Mitbewohner des Hauses eine Gefahr bildet, die rechten Wege zu weisen.

Alles in allem: es kann schon jetzt behauptet werden, daß Wohnungssämter und Wohnungspflege eine der segensreichsten sozialen Einrichtungen der Neuen sind. Es ist zu wünschen, daß sie nach und nach überall eingeführt werden.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 29. Wochenbeitrag pro 1913 fällig.

Der Zeitungsbeitrag in die Zahlstellen liegen Vorkaufenden bei, deren Vertrieb angelegentlich empfohlen wird.

Abrechnungen und Gelder pro 2. Quartal gingen ein: Dieffen, Kempen, Augsburg, Donauwörth, Koblenz, Reheim, Kirchheim, Kaufbeuren, Gausover, Regensburg, Mainz, Deggendorf, Torgau, Weid, W. Gladbach, Eberbach, Nürnberg, Freising, Stuttgart, Konstanz, Leinweber und von Schick die 1. Rate.

Wir ermahnen die Zahlstellen, welche noch nicht abgerechnet haben, dringend, die Abrechnung sogleich zu vollziehen. Jene Zahlstellen, welche verpätet abrechnen, werden in nächster Nummer veröffentlicht.

Wir verweisen nochmals auf den in Nr. 13 unter Bekanntmachungen des Vorstandes ausgeschriebenen Posten eines

Beitrages für die Papierarbeiter. Meldungen müssen sogleich an den Zeitungsverband eingereicht werden.

Wesperer ist die Firma Schirgel u. von der Seyden in Dagen.

Der Zentralvorstand.
J. A. Hornbach.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912.

Schnell rollt das Rad der Zeit. Die Ereignisse, die im Arbeiterleben und im Leben einer Legation Bedeutung haben, sollen von Zeit zu Zeit gemeldet werden, um wiederum zu einer richtigen Einschätzung der geleisteten Arbeit und einer gründlichen Gemütsprüfung Gelegenheit zu geben. An großen Ereignissen ist das Jahr 1912 für die christlichen Gewerkschaften reich gewesen. Wir brauchen nur zu erinnern an die Nachwehen des Reichstagswahlkampfes, an den mehr als einer Richtung hin interessanten Ruhrbergarbeiterstreik, an den sogenannten Gewerkschaftstreik im katholischen Lager und an die monnigfachen Kämpfe mit den übrigen Arbeiterorganisationen, um sofort ein buntes Bild unserer im Jahre 1912 geleisteten Abwehrarbeit vor uns zu sehen.

Der im „Zentralblatt“ veröffentlichte Bericht des Generalsekretariats, dem wir die nachfolgenden Auslassungen in der Hauptsache entnehmen, hebt daher mit vollem Recht hervor, daß wir fest stehen auf dem Boden des bewährten Programms. Daß wir uns dadurch Feinde rechts und links geschaffen haben, ist nicht weiter verwunderlich, und kann uns nicht davon abhalten, erst recht in der bisherigen Weise weiter zu arbeiten.

Wir müssen noch immer um unsere Selbständigkeit kämpfen. Wir haben es bisher mit Erfolg getan. Überall, wo man in den letzten Jahren sozialdemokratischerseits glaubte, über den Kopf der christlichen Gewerkschaften hinweg und gegen deren Unverständnis Streiks infanterieren zu sollen, ist man elendiglich heringefallen: beim Kölner Holzarbeiterstreik, beim Ruhrbergarbeiterstreik, bei der Aachener Fäbber- und der Emdener Hafnarbeiterbewegung. Die christlichen Gewerkschaftler und ihre Führer sind keine vermeintlichen, entnervten Zummernmenschen, die in entscheidenden Situationen, ähnlich wie ein schwankendes Rohr, sich hin- und herziehen lassen. Diesen Umständen werden zweckmäßig die

sozialdemokratischen Gewerkschaften bei ihren künftigen Kalkulationen, insbesondere bei Kämpfen, die offensichtlich und in erster Linie gegen die christlichen Gewerkschaften selbst gerichtet sind, mit in Rechnung setzen müssen.

Das mögen auch diejenigen Sozialisten sich hinter die Ohren schieben, die in den letzten Wochen noch mit dem Gedanken vom politischen Massenstreik haunieren gingen. Solchen Experimenten wird die christliche Arbeitererschaft im Interesse einer ruhigen Aufwärtsentwicklung im gegebenen Augenblick mit dem Aufwand ihrer ganzen Kraft entgegenzutreten und ihnen dadurch die gebührende Niederlage sichern. Ob die christlichen Gewerkschaften in einem Jahre 10 000 oder 20 000 Mitglieder mehr oder weniger zählen, ist für deren Zukunft nicht in dem Maße entscheidend wie die Tatsache, daß sie sich nicht wider ihre Überzeugung zum Spielball einer strapalosen sozialdemokratischen Streiklist gebrauchen lassen dürfen.

Die Kämpfe, die die christlichen Gewerkschaften im verflochtenen Jahre nach den verschiedensten Richtungen hin auszutragen hatten, wurden seitens der gewerblichen Gewerkschaften systematisch benützt, um sich an den verschiedensten Stellen in empfehlende Erinnerung zu bringen. Eine beachtenswerte Erscheinung ist dabei zutage getreten: während man im sozialdemokratischen Lager, insbesondere aus Anlaß des Ruhrbergarbeiterstreiks, sich krampfhaft bemühte, die christlichen Gewerkschaften mit den Selben auf eine Stufe zu stellen, suchten die Selben auf der andern Seite den Nachweis zu führen, daß zwischen christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften ein Unterschied nicht bestehe. Demnach müßten die christl. Gewerkschaften „gelb“ und „sozialdemokratisch“ zu gleicher Zeit sein! Solche agitatorischen Stellungnahmen registriert man nur. In der Ausbreitung der gelben Gewerkschaften wurde im verflochtenen Jahre insbesondere im rheinisch-westfälischen Industriegebiet mit Nachdruck gearbeitet. Wo man mit sachlichen Gründen die Errichtung gelber Gruppen nicht durchsetzen konnte, suchte man mit kapitalistischem Terror nachzuhelfen. Diefen haben insbesondere eine Anzahl Geistlicher und Vorkände von evangelischen Jünglings- und Arbeitervereinen zu fassen bekommen. Mit Jugendgruppen für charitative und sonstige Zwecke, wonit die Großindustrie im allgemeinen nicht geizt, sollte an verschiedenen Stellen den Selben Eingang verschafft werden. Wo man diesem Ansinnen nicht stattgab, wurde mit dem Überhängen des Brotfortes gedroht. Mit diesem brutalen Vorgehen hat man an mehreren Stellen das Entgegengesetzte des Erzielten erreicht. Die Wintermänner der Selben sind nicht bloß in den Reihen der Großindustrie zu finden; sie sitzen auch in den Reihen der Regierungsbureauftritte. Auf dem Dresdener Kongress der christlichen Gewerkschaften wurde ein Geheimrat des Ruffeldorfer Regierungspräsidenten bekannt, der zur Förderung der gelben Gewerkschaften aufforderte. In der Zwischenzeit hat sich herausgestellt, daß auch in manchen preußischen Ministerien man die Ausbreitung der gelben Werkvereine mit großer Sympathie begleitet. Es gibt Kreise, die auf die Worte „national“ und „wirtschaftsfriedlich“ blind her-einfallen, ohne sich zu bemühen, in das Wesen der Arbeiterbewegung unserer Tage einzudringen. Eine eigentliche gelbe Wertvereinsbewegung von dauerndem Bestande und von größerer volkswirtschaftlicher und nationaler Bedeutung wird sich in Deutschland (nächst ebenförmig durchleben und erhalten, wie solche Gewerkschaften in Frankreich, England und Amerika sich zu behaupten vermochten. Mit Schlagworten und Unternehmungskapital läßt sich keine Arbeiterbewegung von Bestand aufpäppeln und den Kämpfen des Alltags gegenüber widerstandsfähig ausgestalten. Auf die Dauer brechen diese gelben Vereine, vielleicht von einzelnen Ausnahmen abgesehen, genau so zusammen, wie sie in Augsburg, einem ihrer ältesten Herde, wie die lehr-jährige Gewerkegerichtswahl bewies, jämmerlich zusammengebrochen sind und lediglich für die Sozialdemokratie Vorhofarbeit hinterlassen haben.

Auf manche andere Momente, die auf einzelne Berufsorganisationen nach der Seite des Mitgliederfortschritts nicht günstig einwirkten — so auf die Beitrags-erhöhungen einiger größerer Verbände, auf die endlich sie zur Aufstellung gebührende Entwicklung der Verhältnisse im Staat, Gemeinde- und Verkehrsarbeiterverband usw. — wird in besonderen Teilen eingegangen.

Wie immer aber auch die Position der christlichen Gewerkschaften in der deutschen Arbeiterbewegung betrachtet werden mag; sie haben ihren Platz behauptet. Sie haben keinerlei Auseinandersetzung gesucht und stets den Dingen gerade und unerschrocken ins Auge gesehen. Die Stellung der christlichen Gewerkschaften in der Öffentlichkeit wird denn auch längst nicht mehr an ihrem bloß äußeren Auffassung gemessen. Hier entscheidet die Tatsache, daß es sich um

eine Bewegung handelt, die ihre wirtschaftliche und soziale, sowie ihre staatliche Notwendigkeit unter den schwierigsten Verhältnissen in der Praxis bewiesen hat und die auch von der stärksten Gruppen der übrigen Arbeiterbewegung beachtet werden muß. Wer Einfluß nehmen konnte in das innere Getriebe der Tarifentwicklung, von der wir fordern wieder einige Pfaffen hinter uns haben, wird es verstehen, was eine christliche Gewerkschaftsbewegung innerhalb der Arbeiterbewegung selbst bedeutet. Wer aber ihre soziale Bedeutung zu erfassen wünscht, der lasse die Fülle von geistigen und moralischen Kräften auf sich wirken, die mit der Anteilnahme derjenigen Arbeiter, welche durch die Schule der christlichen Gewerkschaftsbewegung gegangen sind, an dem gesellschaftlichen und allgemein politischen Einrichtungen ausgeübt worden sind. Das sind Werte, die ebenso unschätzbar wie unerföhllich sind. Diese Heberzeugung ist in den langwierigen Kämpfen der letzten Jahre nicht etwa erschüttert, sondern erst recht geträgt und befestigt worden. Sie ist für die christlichen Gewerkschaften der stärkste Anreiz, auf der eingeschlagenen Bahn weiter und unterzagt vorwärts zu gehen, in der festen Zuversicht, daß die günstigeren Gestaltung der Verhältnisse sich auch in einer günstigeren Entwicklung ihrer Bewegung kundgeben wird.

Mitgliederbeziehungen.

Die Kurve der Mitgliederbewegung hatte im Jahre 1911 zunächst eine starke Aufwärtsbewegung angezeigt, die indes nur bis zum zweiten Halbjahr vorhielt. Dann hatte sich eine ruhige und langsame Weiterentwicklung eingestellt, unter dem wesentlichen Einfluß der Agitationsförmung infolge der, alle anderen Bewegungen des öffentlichen Lebens überlötenden Vorbereitung auf die Reichstagswahlen. Diese Strömungen schoben sich, wie bereits dargelegt, auch in das Berichtsjahr hinein. Doch ist diesen und den übrigen in der Einleitung beschriebenen Vorgängen von allgemeiner Bedeutung die nur geringfügige Mitgliederbewegung der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912 nicht in der Hauptsache auszusprechen. Letztere beruht vielmehr hauptsächlich auf innergewerkschaftlichen Zwischenfällen, die nacheinander in einzelnen dargelegt werden. Nach dem Jahresdurchschnitt berechnet, steht der Gesamtzahl der Mitglieder von 340 967 in 1911 eine solche von 344 687 in 1912 gegenüber, was einer Steigerung von 3730 oder 1,1 Prozent gleichkommt. Geht man dagegen von der Endziffer der Jahres 1911 in Höhe von 350 674 aus, so beträgt die Zunahme, im Vergleich zu der Endziffer des Berichtsjahres mit 350 930, nur 356 Mitglieder.

Die einzelnen Verbände sind in ungleichmäßiger Weise von der Mitgliederentwicklung betroffen worden. Es gewinnen vom Jahresdurchschnitt aus gerechnet: die Bauarbeiter 3736 Mitglieder, die Staats-, Gemeinde- und Verkehrsarbeiter 2110, die Holzarbeiter 1818, die Metallarbeiter 1801, die Heimarbeiterinnen 1189, die Keram- und Steinarbeiter 808, die württembergischen Eisenbahner 622, die Gasthausangestellten 604, die Maler 484, die Schneider 449, die Lederarbeiter 372, der graphische Zentralverband 308, die Nahrungs- und Genussmittelarbeiter 308, der Gutenbergbund 189, die Krankenpfleger 106, die Gärtner 18, die bayerischen Eisenbahner 1. Es blühten ein: die Bergarbeiter 6800 Mitglieder, die Textilarbeiter 2494, die deutschen Eisenbahnhandwerker und Arbeiter 1253, die Tabakarbeiter 409, die Telegraphenarbeiter 27.

Im ganzen bedeuten diese Ziffern eine Stagnation und teilweise einen Rückgang einzelner größerer Verbände, während die übrigen Organisationen, gemessen an der Wirtschaftslage in 1912, eine normale Entwicklung aufweisen. Vergleicht man die Ziffern vom Jahres-schluß 1912 mit denen von 1911, so haben allein die Bergarbeiter und die preussischen Eisenbahner einen Verlust von ca. 10 000 Mitgliedern aufzuweisen; dieser Verlust ist von einer Anzahl Verbände durch Mitglieder-gewinne ausgeglichen worden. Bei den Metall- und Textilarbeitern dagegen war eine Stagnation in der Mitgliederbewegung festzustellen. Eine symptomatische Bedeutung ist den hier behandelten Vorgängen im Berichtsjahre nicht beizumessen.

Unsere „Freunde“ in den verschiedensten Lagern werden zwar versuchen, von der Stagnation auf den baldigen Untergang zu schließen. Mögen sie tun, was sie nicht lassen können. Sie werden bald kurieren sein.

Rassenverhältnisse.

Das erfreulichste Kapitel bietet im Berichtsjahre ohne Zweifel die Gestaltung der Rassenverhältnisse. Diese legen Zeugnis davon ab, daß die Bewegung sich weiter entfaltet hat und erstarrt ist, wenn dies auch in den Mitgliederverhältnissen weniger zum Ausdruck kommt, daß somit die Grundlage, auf welcher die christlichen Gewerkschaften arbeiten, eine gesunde ist. In den Einnahmen fand eine Steigerung von 6 243 642 Mark, dem Gesamtbetrag für 1911, auf 6 608 360 in 1912, also um 364 718 M. hat. Die Ausgaben weisen eine Ver-

minderung von 5 299 781 M. in 1911 auf 5 222 727 M. in 1912, d. h. um 77 054 Mark, anj. Und die Vermögensbestände, die sich 1911 auf 7 082 942 Mark gestellt hatten, betragen 1912 8 575 658 Mark, was eine Steigerung um 1 492 716 Mark oder rund 1/2 Million bedeutet. Als Fazit: Steigerung der Einnahmen und mehr noch des Vermögens. Jedenfalls eine Finanz-wirtschaft, die für sich selber spricht.

Ein Vergleich mit dem Jahre 1911 ergibt folgendes Bild:

	Einnahmen:	1911	1912
Aufnahmegebühren		297.	297.
Beiträge		5 629 651	5 906 905
Ertragsbeiträge		39 724	39 151
Sonstige Einnahmen		511 711	551 308
Ausgaben:			
Verbandsorgan		496 752	549 973
Agitation		652 554	670 429
Streik- und Gemahregelunterstützung		1 169 508	654 323
Kreise u. Arbeitslosenunterstützung		186 271	291 223
Krankengeld		704 319	761 293
Steebegehl		211 439	205 083
Rechtschutz		104 633	116 703
Sonstige Unterstüßungen		37 685	57 611
Gehälter		155 419	170 754
Verwaltungsausgaben		237 735	259 626
Bibliothek- u. sonstige Bildungs-zwecke		62 589	133 207
Vertrag an den Gesamtverband		78 379	83 382
Anteil der Vorkassisten		971 248	1 145 722
Sonstige Ausgaben		292 400	203 628

Sehr bemerkenswert ist in den Einnahmen die beträchtliche Steigerung auf Seiten der regelmäßigen Bei-

10 Zeitsätze für tüchtige Mitglieder.

Immer will ich Unorganisierte auf den Wert der Organisation aufmerksam machen.

Meine sachliche Weiterbildung zu fördern, sei mein ernstliches Bestreben.

Mit Mut und Tat gebe ich Lehrlingen und jüngeren Mitarbeitern zur Hand.

Einer Auseinandersetzung mit christlichen Gegnern gehe ich nie aus dem Wege.

Rückständig will ich mit der Beitragsleistung nie werden.

Vor Kleinlichkeit Gehässigkeit gegenüber Mitarbeitern will ich mich hüten.

Oh kann ein kleiner Dienst eine bessere Wirkung haben, als viele Worte.

Reiches Wissen zu sammeln ist für mich und für die Organisation nützlich.

Anstand und gute Sitten sind Merkmale eines gebildeten Menschen.

Nur Ausdauer und fester Wille führt mich zum Ziele.

träge, die das über die Mitgliederverhältnisse Gesagte in vollem Maße bestätigt. Fast 340 000 Mark konnten auf diesem Konto mehr gebucht werden. Die übrigen Posten unter dieser Rubrik hielten sich nahezu die Wage in den beiden Vergleichsjahren. Auf der Seite der Ausgaben erklärt sich das Anwachsen der einzelnen Unterstüßungsarten teilweise aus der natürlichen Zunahme der Unterstüßungsberechtigten. Im Handwert stellte das Darniederliegen der Geschäftslage größere Ansprüche an die Einrichtungen zur Arbeitslosenunterstützung. Von größerer Arbeitslosigkeit als in den Vorjahren berichtigten namentlich die Holzarbeiter. Einen scharfen Rückgang verzeichnet das Konto der Streik- und Gemahregelunterstützung und zwar als natürliche Folge des Fehlens lang andauernder, nicht friedlicher Lohnbewegungen. Im Bericht für 1911 waren mit dem bloßen Hinweis, daß allein vier Verbände rund 1 Mill. Mark für Streik- und Gemahregelunterstützung ausgegeben hatten, die damals sich am lautesten gebärdenden Schreier über das „römische Streikverbot für die Christlichen“ wirksam abgetan worden.

Auch die mehr als 650 000 Mark Streikunterstützung im Berichtsjahre werden wohl kaum die Schreier wieder auf die Bildfläche rufen, zumal angesichts der Angaben über die Zahl der Lohnbewegungen und Streiks, die in einem weiteren Artikel folgen werden.

Wie ich der Buchbinderverband mit den „Guthaltungen“ Adolf Müllers blamiert.

Auf unsere Aufforderung hin berichtete die Buchbindergewerkschaft nun endlich auch noch in einem abschließenden Artikel, was man mit den christlichen Gewerkschaften erleben kann. Wir glauben bestimmt, daß es der Redaktion der B.-Ztg. nach den bisherigen Erfahrungen mit A. Müller schon so zu Mute ist, daß sie solcher einen Aufsatz schreiben könnte mit der Ueberschrift:

Wie wir mit Adolf Müller heringefallen sind. In seinem dunklen Draug hat A. M. nämlich vor einigen Wochen der B.-Ztg. allerlei Zeug hinterbracht, auf das näher einzugehen sich wahrlich nicht verbietet. Die sog. „Mündener Post“ hatte in einem Bericht über eine Versammlung der Vertrauensmänner des Diszardbeiterverbandes dem Sekretär Oswald Neugeboren in den Mund gelegt, die er nicht getan hat. Weil nun Oswald die „Mündener Post“ wegen dieses unwahren Berichtes nicht verklagt, schließt die B.-Ztg. daraus, daß er wahr sein müsse. Mit Stolz hebt die B.-Ztg. hervor, daß Oswald von den „Mündener Post“ wiederholt „in der schwersten Weise beleidigt und einer furchtbaren Fälschung bezichtigt worden sei“ und daß er es trotzdem nicht gewagt habe, zu klagen.

Wenn Oswald wegen jeder gemeinen Anstempfung und frechen Beleidigung, die ihm vonseiten der Genossen zuteil wurde, zum Klagen laufen wollte, dürfte er andauernd an den Gerichten herumlaufen. Weil er dazu keine Zeit und keine Lust hat, läßt er die Genossen schimpfen, was sie wollen. Das ist nach unserer Ansicht ganz richtig. Zu dem wahrheitsliebendsten erst auf unsere Anspornung hin wieder aus dem Papierkorb gehaltenen Schrieb des A. M. i. M., den die Redaktion der B.-Ztg. natürlich erst freieren mußte, da A. M. nach unseren Erfahrungen nicht 3 Zeilen schreiben kann, ohne 4 Fehler dabei zu produzieren, ist noch zu sagen:

1. Ein Vortrag über den katholischen Presseverein oder die katholische Presse wurde in der Zahlstelle Mündchen nicht gehalten.

2. Bei dem betr. Vortrag über die Bedeutung der christlichen Presse führte Hoff. Müllers den Vorkiss.

3. Die Behauptung der B.-Ztg., daß an Beginn dieser Versammlung gesagt worden sei, „wenn protestantische Mitglieder anwesend seien, so möchten sie während des Vortrages das Lokal verlassen“ ist eine freche und dumme Vergewaltigung der Tatsachen.

4. Als Teilnehmer an dieser Versammlung kann der nunmehrige verantwortliche Redakteur der Graphischen Stimmen jetzzeitig unter Eid auszusagen, daß die unter 1-3 gemachten sachlichen Feststellungen den Tatsachen entsprechen.

5. Tatsache ist ferner, daß Herr Referendar Weber lediglich über die historische Entwicklung Mündchens sprach und dabei selbstverständlich auch auf die bemerkenswerten politischen und religiösen Ereignisse referierend hinweisen mußte.

6. Bezüglich der Geldsammlung für das Zentrum haben wir wiederholt festgestellt, daß Müller selbst es war, der sie gelegentlich einer Regeipartie und nach der Versammlung vornahm.

7. Die in der B.-Ztg. aufgestellte Behauptung, der Sekretär des Christenrats der christlichen Gewerkschaften Mündchens hätte für verschiedene Ortsgruppen zu viel Mitglieder angegeben, kann von der B.-Ztg. und ihren Hintermännern nicht bewiesen werden, wird daher von jedem vernünftigen Menschen entsprechend eingeschätzt.

8. Wir können also konstatieren, daß Müllers „Guthaltungen“ im großen und ganzen eine einzige Lüge darstellen.

Vom Parteisekretär Käsehege ging uns noch eine ausführliche Schilderung der Müllerschen Persönlichkeit zu, der wir nur einige Stellen entnehmen, um Müller diejenige Verühmtheit zu sichern, die er verdient hat:

„Bei seinem ganzen egoistischen Bestreben war er sorgsam darauf bedacht — in den meisten Fällen auf Kosten Anderer — in ausreichender Weise für sich zu sorgen. Dieses Bestreben war wohl auch mitbestimmend, als er auf den genialen Gedanken verfiel, eine „Wohlfahrts-Vereinerung“ zu übernehmen. Das hierzu nötige Anlage- oder Betriebskapital in der Höhe von 50 Mark mußte er natürlich einem seiner früheren Verbandskollegen (der gleich ihm Vorstandsmittglied war) mit allerlei Vorstipulationen abzulockern. Als dieser dann später sein Geld zurückverlangte und die hieraus entstandenen privaten Auseinandersetzungen durch Müller auf das Verbandsleben übertragen wurden, stellte er an die Gesamtvorstandsschaft sowie an die Versammlung das Ultimatum: „Entweder Kassierer und Schriftführer werden ihres Amtes enthoben, oder ich (M.) lege meine Kante nieder!“ Die Vorstandsschaft lehnte natürlich dieses diktatorische Ansuchen rundweg ab und erteilte ihm dadurch ein durchaus verdienten Mißtrauensvotum. Es blieb ihm nun nichts anderes übrig, als zu gehen, damit er nicht „gegangen“ wurde.“

Am Schlusse dieser Polemik, von der die B.-Ztg. durch die Schuld Müllers wahrhaftig keine Vorbeeren, aber umso mehr Dornen heimbringt, möchten wir betonen, daß auch uns der Raum zeit, um Kleinlichkeitsgepänel mit einer gegnerischen Organisation zu betreiben. Wenn man aber sehen muß, mit welcher Wier die dümmtesten Anschuldigungen gegen uns und die gesamte christliche Arbeiterbewegung von der Redaktion der B.-Ztg. noch immer aufgenommen werden, als hätte man nicht einmal die Verpflichtung, auch die Quellen zu prüfen, aus denen solche Verächtlichkeiten kommen, dann ist man schließlich gezwungen, sich zur Wehr zu setzen. Andererseits haben wir wiederholt auf sehr gewichtige und grundsätzliche Angriffe eine Antwort nicht erhalten. Warum das? Weil man nicht kann.

ist das die dort übliche Regel?

Zur Situation in Revelaer.

Der Geschäftsgang ist augenblicklich recht flau. Verschiedentlich mußte schon verkürzt gearbeitet werden, auch Entlassungen sind zu verzeichnen. Die Fabrikanten glauben nun, daß die Schuld an dieser schrecklichen Geschäftslage in den Nachwirkungen des Boykotts zu suchen sei. Wir wollen nicht bestreiten, daß das Verhalten der Herren im Frühjahr bedenklich hat, daß sehr viele Leute den Vorstoß gefast haben, von den Firmen Thum und Wulph u. Verker überhaupt nichts mehr zu kaufen, da dieselben eine ganz besondere Abneigung gegen die Gewerkschaft zur Schau trugen. Andererseits wissen wir

aber auch, daß durch die Veränderungen bezüglich der Beschaffenheit der Kinder in den letzten 2 Jahren ein außerordentlicher Bedarf vorhanden war, der nun wegfällt, und vielfach im Gegenteil umständlich, da den sehr jungen Christkammern selten bessere Gebetbücher gekauft werden.

Zweifel an uns lag, haben wir dazu beigetragen, daß der Konflikt auf der ganzen Linie beseitigt wurde. Es scheint uns sehr, als wollten einige Herren Fabrikanten die Situation noch schwieriger machen, als sie ist, um damit einen leicht erkennbaren Zweck zu erreichen. Die Kooperationsgesellschaft wird gut tun, solchen Experimenten mit der größten Vorsicht zu begegnen und dessen Eingreifen zu bitten, daß ihnen das Heißt näher liegt als der Mod.

Die Verhandlung wird von denselben Gesichtspunkten aus den kommenden Ereignissen entgegenzusehen und im geeigneten Moment mit allem Nachdruck darauf hinarbeiten, daß die Interessen der Arbeiter wahrgenommen werden. Jede der Fabrikanten ist es, um die Verrechnung der Produktions- und Abzugsmöglichkeiten zu sorgen. Daß diese Aufgabe außerordentlich erspart, wenn nicht ganz unmöglich gemacht wird, wenn der einzelnen Fabrikanten noch immer der Wunsch der Vater aller Gedanken ist, es möge die Arbeitergesellschaft der Organisation den Nutzen bringen, sollten die Herren nun bald einsehen, und sich aller Verzerrungen enthalten, die solche Gedanken verraten. Wünschen sie im Gegenteil ihr Heil zu finden, schadet es uns nicht so, wie ihnen selbst.

Meistens ist die gegenwärtige Situation eine glänzende Rechtfertigung der von uns befolgten Politik. Hätten wir sonst den Kampf noch einige Wochen fortgesetzt, um die zehnprozentige Lohnzulage zu erwirken, dann wäre den Fabrikanten sicherlich noch ein günstigerer Vorschlag gemacht worden, um jetzt Entlassungen vorzunehmen. Aus dem ganzen Sachverhalt ist aber auch zu ersehen, wie groß die Verantwortung für beide Teile ist, wenn es sich um die Frage dreht: friedliche Verhandlung — oder Krieg.

Meinerseits unsere Kollegen und Kolleginnen sind wegen Vergehen gegen den § 153 der W. C. angeklagt und auch verurteilt worden. (Auf dessen Veranlassung ist uns nicht ganz klar.) Wegen der erfolgten Verurteilungen wird Einspruch erhoben. Wie kommen auf diese Angelegenheit ausführlich zurück, wenn die Sache zum Abschluß gekommen ist.

Für unsere Revolverer Kollegenchaft gilt heute wie immer (als Voraussetzung jedweden Erfolges) die Parole: Wir halten fest und treu zusammen!

Der bedauernde Wert der Lehrling-Verurteilung, der bei der Gesellenprüfung „natürlich“ durchfällt.

Eine sehr merkwürdige Entscheidung fällt das Berliner Landgericht in einer Berufungs-Angelegenheit. Der Herr Hofbuchbindermeister Georg Collin war vom Innungsgericht verurteilt worden, an den Vater eines taubstummen Lehrlings 1400 Mark Lehrgeld zurück zu erstatten, weil der Lehrling nach vierjähriger Lehrtätigkeit bei der Gesellenprüfung durchgefallen war. Der Herr Hofbuchbindermeister im „Allg. Anz. für Buchbinderzeilen“ schreibt: „natürlich“.

Nach unserer Meinung hätte das Landgericht besser getan, wenn es das Urteil des Innungsgerichtes hätte bestehen lassen, statt es aufzuheben. Wenn der taubstumme Lehrling wirklich durch seine eigene Nachlässigkeit nichts lernte, was doch der Herr Hofbuchbindermeister schon nach 1 oder 2 Jahren hätte einsehen können, dann hätte er das Lehrgeld von monatlich 40 Mark nicht mehr einfordern sollen. Er hat aber das Geld eingekassiert, obwohl er sah, daß aus dem Jungen kein richtiger Buchbinder wurde.

In der Begründung des Landgerichtes-Urteils heißt es allerdings:

Der Beklagte ist nicht nur von dem Kläger eingehend in allen Zweigen des Buchbindergewerbes unterwiesen worden, er ist insbesondere auch von dem Meister frühlich auf Gehörlich des Klägers unterrichtet worden, auch andere haben ihn beaufsichtigt, und zwar ist dieses mit Rücksicht auf seine Taubstummheit und seine geringen Verstandesfähigkeiten in höherem Maße erfolgt, als dies sonst bei Lehrlingen zu geschehen pflegt.

Selbst wenn das zutrifft, ist es uns noch merkwürdig, daß ein so beaufsichtigter und angeleiteter Junge nach vier Jahren noch kein ordentliches Gesellenstück fertig bringen kann. Etwas verständlicher wird einem diese traurige Tatsache, wenn man in der Urteilsbegründung weiterhin liest, daß es wohl vorgekommen sei, daß er (der Junge) „mit Vorträgen beschäftigt worden ist“. Zu welcher Dienstleistung wird ein Lehrling wohl nicht herangezogen? So mancher Kollege wird uns aus eigener Erfahrung zusimmen müssen, wenn wir behaupten, daß es junge Geistes gibt, die einen großen Teil ihrer „Lehrtätigkeit“ mit Vorträgen, Hauswirtschaftsarbeiten, Gouuernanten- und Wäschenarbeiten verbringen. Dafür muß man dann noch Lehrgeld bezahlen. Manche Prinzipale können sich obendrein nicht genug über die Eifer und Sorgen heilagen, die ihnen die Lehrlinge bereiten — und trotzdem nehmen sie einen nach dem andern an — Interessant sind noch einige Sätze aus der Begründung des oben mitgeteilten Urteils. Ein Beispiel:

„Unerheblich ist, ob der Beklagte in seiner neuen Lehrtätigkeit gute Fortschritte macht. (Cchol D. Red.) Unerheblich ist es ferner, daß der Kläger den Beklagten, weil es seine Pflicht gewesen wäre, zum Besuche der Fortbildungsschule geschickt hat, denn aus diesem Umstande allein ist nicht zu folgern, daß der Kläger seine ihm obliegenden Verpflichtungen nicht erfüllt hat. Es kommt einzig und allein darauf an, ob er ihn in genügender Weise in den vorerwähnten Arbeiten des Buchbindergewerbes unterwiesen hat. Und dies hat er nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme getan.“

Bei dieser Beweisaufnahme scheint es doch ein wenig einseitig vorgegangen zu sein. Wenn es „unerheblich“ ist, wenn ein Herr Hofbuchbindermeister seinen Lehrling entgegen den gesetzlichen Bestimmungen nicht in die Fortbildungsschule schickt, dann braucht man sich allerdings nicht zu wundern, wenn der Herr Hofbuchbindermeister auch sonst und häufig tut, was er will.

Wir bedauern sehr, daß Herr Collin durch das Landgerichtsurteil geradezu angeleitet wird, sich nicht um gesetzliche Bestimmungen zu kümmern. Am meisten bedauern muß man aber den Umstand, daß ein bewährter Buchbindermeister einen jungen Menschen nach vierjähriger Lehrtätigkeit, für die über 1400 Mark aufgewendet wurden, abkündigt, weil aus ihm nichts zu machen war. Soll nun der junge Mann etwa nochmal einige Jahre umsonst arbeiten und Lehrgeld bezahlen?

Daß ein Hofbuchbindermeister an eine seine Behandlung gewöhnt ist, geht aus einigen Bemerkungen hervor, die Herr Collin über das Innungsgerichtsurteil macht: Die ganze Verhandlung vor dem Innungsgerichtsurteil ist von allen drei Richtern in einer Weise geführt worden, die nicht gutzuheißen ist. Der Ausspruch des Herrn Landmann, den dieser mir gegenüber buchstäblich mit folgenden Worten getan hat: „Wir brauchen Ihre Entlassungszeugen gar nicht zu hören; für mich ist die Sache erledigt“, gibt die beste Erklärung für den Schiedspruch. Abgesehen von allem andern muß gesagt werden, daß eine solche Behandlung einem Kollegen und einem Meister gegenüber, der seit fast 10 Jahren der Innung angehört, anständig ist. Warum denn nicht barbarisch? (D. Red.)

Im Interesse der Befandung unseres Gewerbes wäre mir zu wünschen, die Herren Prinzipale möchten nicht die jungen Leute, die sie zu tüchtigen Gesellen heranzüchten wollen, vor der Anstellung etwas genau ansehen und nicht dazu beitragen, daß der Buchbinderberuf ein Hof für gering zurückgebliebene und körperlich kranke Personen wird. Wie „gut“ es solchen bedauernden Nachkommen ergeben kann, zeigt sich leider nicht nur in dem angeführten Fall, sondern sehr häufig. Es gibt sogar Prinzipale, die aufeinander mit Vorliebe solche Kollegen suchen, weil sie hoffen, daß sie dieselben mit dem Hinweis auf ihre geistigen und feineren Gebrechen

10 Weisungen für Unverbesserliche.

Ich werde mich hüten, jemals von meiner Verbandszugehörigkeit etwas zu sagen. Christliche Gewerkschaftler sollen sich nicht bemühen, ihre Kenntnisse zu erweitern. Toren sind diejenigen, die ihre Kenntnisse und Vorteile anderen Arbeitern und Lehrlingen zeigen. Unter allen Umständen werde ich schweigen, wenn mich ein Gegner verstopft. Nur mit einigen Beiträgen im Rückstande sein, ist sicher nicht schlimm. Ich bin ein Kollege nicht ganz angenehm, trete ich aus dem Verbande aus. Einen Kollegen, der von mir bedient sein, aber einen Kar einholen will, verachte ich. Meine Kenntnisse sind veraltet, daß ich nichts mehr zu lernen brauche. In Bezug auf Aufwand und gute Sitten lasse ich mir nichts breien reden. Tut jeder soviel wie ich für den Verband, dann geht es vorwärts.

benutzen können, um wenig Lohn zu arbeiten, und weil sie wissen, daß unter diesen Kollegen manchmal die tüchtigsten und fleißigsten Arbeiter zu finden sind.

Bei Herrn Collin werden solche aufscheindend nicht ausgebildet.

1. Kongress des Gesamtverbandes deutscher Krankenkassen.

Der im vorigen Jahre für die nicht unter sozialdemokratischer Leitung und Verwaltung stehenden Krankenkassen neugegründete Verband hielt vom 22.—24. Juni in Essen seine erste größere Tagung ab. Der Versuch derselben war sehr zahlreich; etwa 300 Teilnehmer waren anwesend, die über 200 Kassen mit ca. 500.000 Versicherten vertreten. Sehr zahlreich waren die staatlichen Behörden bis hinauf zum Reichsanzler vertreten; auch hatten die christlichen und die kirchlich-österreichischen Gewerkschaften, sowie die katholischen und evangelischen Arbeitervereine Vertretungen entsandt. Im Namen der Stadt Essen hielt Oberbürgermeister Solle die Kongreßteilnehmer willkommen. Ueberhaupt hat die Stadt Essen die Tagung dadurch besonders gewürdigt, daß sie als Verhandlungsort die herrlichen Räume des städtischen Saalhauses zur Verfügung stellte und außerdem aus Anlaß des Kongresses für den Abend in den herrlichen Anlagen des Stadtparks ein Gartenfest arrangierte, zu dem die Teilnehmer freien Eintritt hatten.

Der Kongress, unter Leitung des Reichstagsabgeordneten Wehrens, beschäftigte sich, wie das in Anbetracht der demnach in ihrem letzten Teil in Kraft tretenden Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung bezug. Krankenversicherung ganz natürlich ist, mit einer Reihe für die Krankenkassen und deren Versicherten sehr wichtiger Fragen, so das Streitverfahren in der Krankenversicherung, das Verhältnis der Krankenkassen zu den Ärzten und das Verhältnis der Krankenkassen zu den Kassenangehörigen.

Ueber den hier zuerst genannten Punkt der Tagesordnung referierte Herr Stadtrat von Frankenberg-Braunschweig, der in seinen von großer

Sachkenntnis zeugenden Ausführungen das Streitverfahren nach der R. V. C. behandelte. Er hob hervor, daß die neue Regelung des Streitverfahrens fast allseitig mehr Beifall als Widerspruch gefunden habe und gab einen Überblick über die Verhältnisse des früheren Verfahrens und die dadurch hervorgerufenen Schwierigkeiten, um dann des näheren die Streitigkeiten zu behandeln, die hauptsächlich auf dem Gebiete der Krankenversicherung in Betracht kommen, und um dann schließlich das Verfahren im einzelnen darzulegen. Der Vortrag, der lebhaftesten Beifall fand, wird in der Verhandlungschrift veröffentlicht werden. In der Aussprache, die sich an das Referat angeschlossen, bemerkte Reichstagsabgeordneter Becker auf eine Anfrage, daß Arbeitervereine, Volksbühnenvereine und dergleichen von den Versicherungs- und Oberversicherungsämtern zugelassen werden müßten, wenn sie beim Oberversicherungsamt einen diesbezüglichen Antrag gestellt haben.

In geradezu meisterhafter und auch für die Laien leichtverständlicher Weise behandelte Justizrat Dr. Guld-Wandtling das Verhältnis der Krankenkassen zu den Ärzten, wahl eines der wichtigsten und beunruhigendsten Kapitel der R. V. C. Der Geschlechter habe diese Frage zwar nicht hinreichend gelöst und geregelt, obwohl er schließlich die Besugnis dazu gehabt habe. Der § 21 der R. V. C. bedeute eine Verbesserung der Wachtstellung der Krankenkassen, wozu noch die §§ 305—309 und insbesondere der § 370 wöhnen, der für den Fall, daß zwischen Kassenärzten eine Verständigung nicht erzielt und diese nicht eocet, die Behandlung der Krankenmitglieder einstellen würden, vorsieht, daß die Kosten ihren Mitgliedern eine gute Vergütung, die bis zu zwei Drittel des gesetzlichen Krankengeldes betragen dürfe, gemährt können. Dieser Bestimmung habe zweifellos eine große Bedeutung zu und darum werde der diesbezügliche Paragraph auch der Schutz- und Trutsparagraph der Krankenkassen genannt. Sollten solche Fälle eintreten, also die Ärzte ihre Tätigkeit den Versicherten gegenüber einstellen, so können sich zwar für die meisten Schwierigkeiten ergeben, und vor allem durch die Krankenphilistie und das Simultaneum, was für die Kassen sehr gefährlich werden könnte. Dem könne aber durch das Eingreifen der staatlichen und kommunalverwaltungen angelegten Organe abgeholfen werden. Er, der Referent, hoffe aber, daß eine Verständigung zwischen Kassen und Ärzten in jedem noch möglich sei. Dagegen sei eine Einigung zwischen diesen beiden auf der vom sogenannten Leipziger Ärzteverband verlangten Basis als ausgeschlossen zu betrachten. Dieser verlangte einen Einfluß auf den Arztelwausschuh, sowie die alleinige Bestimmung des Systems der ärztlichen Versorgung der Kassenmitglieder, d. h. ob freie Arztwahl oder nicht oder ob ein kombinirtes System; außerdem Kollektivverträge, d. h. Verträge direkt zwischen den Kassen und dem lokalen Ärzteverein. Den beiden ersten Forderungen könne unmöglich eine Kasse zustimmen. Gegen den verlangten Kollektivvertrag spreche einmal, daß die Tätigkeit des Arztes anders bewertet werden müsse als eine solche im gewerblichen Leben, da es sich bei letzterem um eine Arbeit höherer Natur handle. Ferner führe der Kollektivvertrag zum Koalitionszwang; der Koalitionszwang aber müsse in einem modernen Rechtsstaat unbedingt bekämpft werden. Es dürfe keinesfalls demjenigen Arzt, der seiner Organisation fernbleibe, ein wirtschaftlicher Nachteil erwachsen, wie auch demjenigen, der aus irgend einem Grunde nicht in den ärztlichen Verein aufgenommen oder aus demselben ausgeschlossen wird, die Kassenpraxis unmöglich gemacht werden darf. Wenn weiter die Forderungen des Leipziger Verbandes dahingehen, die Gebühren für Behandlung zu differenzieren, und für die Versicherten mit über 1400 Mark Einkommen wesentlich höhere Sätze verlangt werden, gleichfalls für die freiwilligen Kassenmitglieder Zuschläge bis zu 100 Prozent, so verlange dies einmal gegen den Grundgedanken der Sozialversicherung überhaupt, da dieselbe keine Differenzierung kenne, dann aber würde dadurch die Selbstversicherung, die in der Regel den kleinen Mittelstand trifft, ungeheuer erschwert und die Familienversicherung fast unmöglich gemacht. Zu beachten sei außerdem, daß bezüglich des Kollektivvertrages die ärztlichen Vereine keine eingetragenen Vereine mehr seien, da ihnen auf Grund eines materiellen Erlasses die Eintragung gestrichen bzw. nicht mit dem Sinne des Gesetzes vereinbar erklärt wurde, also nicht zulässig sei. Damit verlieren die Ärztevereine die Rechte einer juristischen Person, die ihnen anderweitig zu erwerben so ziemlich unmöglich ist. Man darf also die Dinge besehen, wie man will, die Forderungen des Leipziger Verbandes gehen weit über den Rahmen des Erlaubten und Möglichen hinaus und darum könnten dieselben nicht akzeptiert werden. Im weiteren unterbreitete der Referent dem Kongress den Vorschlag, den Reichsanzler zu ersuchen, erneut der Frage betreffs Einberufung einer Konferenz zwischen Ärzten, Krankenkassen und Regierung zur Regelung des strittigen Gebietes näher zu treten, dem auch zugestimmt wurde.

Hierauf sprach der Geschäftsführer des Verbandes, Reichstagsabgeordneter Becker, über das Verhältnis der Krankenkassen zu den Kassenangehörigen: Das neue Recht der Reichsversicherungsordnung unterscheidet zwischen Angestellten und Beamten. Die Definition des Begriffs „Beamte“ hat Beunruhigung in der Kreise der Kassenangehörigen getragen. Eine Lebensfrage für viele liegt nun in der Tatsache, daß die R. V. C. eine Veränderung in der äußeren Kassenorganisation durch Vereinigung, Ausscheidung, Auflösung und Schließung der Kassen vorsieht. Durch die gegenwärtige Neuordnung werden sehr viele Kassen geschlossen. Wie gestaltet sich nun das Schicksal der Angestellten der aufgelösten Kassen? § 302 bestimmt, daß das Vertragsverhältnis der Kassenangehörigen binnen 3 Monaten nach Mitteilung des Beschlusses, daß die Kasse aufgelöst oder geschlossen wird, endet; für Kassen, die infolge der Neuordnung geschlossen werden, verlängert sich die Frist auf Monate, § 290 bestimmt, daß die aufnehmende

Neuordnung referierte Herr Stadtrat von Frankenberg-Braunschweig, der in seinen von großer

Kasse (bei Vereinigung von Kassen): Die Beamten und Angestellten der Aufgenommenen zu denselben oder gleichwertigen Bedingungen zu übernehmen hat. § 305 besagt, daß der Gemeinderat für den Restbetrag einzutreten hat, wenn das Vermögen einer aufgelösten oder geschlossenen Kreis- oder Landrentenkasse nicht ausreicht, um die Ansprüche der Beamten zu befriedigen. Daraus folgt aber nicht, daß die Angestellten einer Kasse, die aufgelöst oder geschlossen wird, kein wie § 302 festgelegtes Entschädigungsrecht hätten. Daß ein Angestellter bei Stellenverlust wegen Auflösung oder Stilllegung einer Kasse keinen Anspruch auf Entschädigung aus Kassenmitteln hat, widerspricht auch dem Rechtsbewußtsein des Volkes, oder aber es müßten alle jetzt vorhandenen Kassenangehörigen mit gleicher Anstellung als Beamte im Sinne der Reichsversicherungsordnung gelten, damit so ihre Rechte gewahrt würden. Dem entgegen steht aber eine Bekanntmachung des preussischen Handelsministers vom 8. März 1913. Sollte weder ein Entschädigungsrecht für die Angestellten anerkannt und sollten sie auch nicht als Beamte im Sinne § 305 angesehen werden, dann würden die Folgen für die Beamten der Tendenz des Vermögensgesetzes zur A.-B.-C., das die wohlverdienenden Rechte der Angestellten gemahnt sehen will, schmerzhaft zuwiderlaufen. Darüber muß Klarheit geschaffen werden und damit das Rechtsbewußtsein des Volkes nicht erschüttert werde, muß event. eine Novelle zur A.-B.-C. wohl erworbene Rechte der Angestellten schützen.

Die Wahl des nächsten Tagungsortes wurde dem Vorstande überlassen und dem Antrag des Vorstandes: Jede Kasse muß mindestens drei Exemplare der Verbandzeitung „Die Krankenversicherung“ abonnieren, wurde zugestimmt, wobei den größeren Kassen empfohlen wird, genannte Zeitung für alle Vorstandsmitglieder zu halten.

Am Schluß der Tagung wurde noch einem vom Reichsanwalt dem Verband zur Ausfertigung eingehenden Entwurf der Ausführungsbestimmungen zu § 123 der A.-B.-C. (Zahnrückentrag) nach den Vorschlägen der zur Beratung eingesetzten Kommission zugestimmt und hierauf der Königreg. vom Abg. Behrens mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Vollversicherung und christliche Gewerkschaften.

Mit dem 1. Juli haben die sozialdemokratische „Vollversicherung“ und die gemeinnützige „Vollversicherungs-Vereinsgesellschaft“ ihre Wirksamkeit begonnen. Es werden daher in den nächsten Wochen auch die übrigen Vollversicherungsgesellschaften, die „Leosasse“, die „Öffentlich-rechtliche Vollversicherung“ (unter Führung des Herrn Geheimrat Napp) und die beiden größten privatkapitalistischen Lebensversicherungsvereine „Victoria“ und „Friedrich Wilhelm“ mit einer verstärkten Agitation hervortreten, sobald die Vollversicherung alsbald den weitesten Kreisen als „erhebendes Werk“ angepriesen wird.

In dieser Situation obliegen den Vertrauensleuten und Funktionären der christlichen Gewerkschaften folgende Aufgaben:

1. Mit aller Kraft verhindern, daß die Arbeiterkreise, welche mit der Sozialdemokratie nichts zu tun haben wollen, sich der sozialdemokratischen „Vollversicherung“ anschließen. Bei den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften besteht diese Gefahr nicht so sehr wie bei den Arbeitern und „Heinen Leuten“, die nicht orientiert sind, eigentlich aber auf unserem Boden stehen.
2. Diese genannten Kreise, die noch außerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung stehen und auf die wir Einfluß haben, soll man, wenn sie sich versichern wollen, die gemeinnützige Deutsche Vollversicherung A.-G. dringend empfehlen.
3. Wer sich von den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften versichern will, soll seine Versicherung entweder mit der Deutschen Vollversicherung A.-G. oder mit der „Leosasse“ abschließen. Die Agitation für andere Vollversicherungsgesellschaften ist nicht gestattet innerhalb der christlichen Gewerkschaften.
4. In den christlichen Gewerkschaften ist die Agitation sowohl für die Vollversicherungsaktiengesellschaft wie auch für die Leosasse möglich und erlaubt. Natürlich muß sorgsam jeder Streit zwischen den Vertretern der „Leosasse“ und der Deutschen Vollversicherungs A.-G. vermieden werden.
5. Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, die sich in einer Vollversicherung versichern wollen, sollen dieses in der Regel nur bei den Vertrauensleuten der christlichen Gewerkschaften bzw. konfessionellen Arbeitervereinen tun. Agenten und sonstige fremde Personen, die unseren Mitgliedern eine andere Vollversicherung aufzureden versuchen, weist man ab.
6. Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften müssen sich auch in dieser „Vollversicherungsacta“ stets bewußt bleiben, daß die Gewerkschaftsbewegung erst die Voraussetzungen schafft und schafft wird, um Beiträge zu anderen Versicherungen leisten zu können. Der Gewerkschaftsgebäude darf durch die Vollversicherung nicht zurückgedrängt werden.

Ueberreizte Phantasien.

Die Zeitchriften Wartburg (Leipzig) und Janus (München) unterstellen den Kollegen Giesberts, Imbusch und Stegerwald, sie hätten gelegentlich des außerordentlichen Kongresses der christlichen Gewerkschaften in Essen in Bezug auf die päpstliche Enzyklika ein Doppelspiel getrieben, in aller Heimlichkeit den deutschen Bischöfen, insbesondere dem Generalvikar Dr. Arenzward in Köln Versprechungen gemacht, die mit den Essener Ausführungen in herzlichem Gegensatz ständen usw. Diese Mutmaßungen stammen, so heißt es, direkt aus dem Staatssekretariat des Kardinals M. Merry del Val, und zwar vom Chef des publizistischen Bureau, Monsignore Eugenio Vacelli. Die journalistisch aufgebauhten Behauptungen erschienen anfänglich den christlichen Gewerkschaften für eine Verächtlichung zu über. Nachdem aber jetzt die sozialdemokratische Presse diese Phantasien in größeren Zeitartikeln und Heberbüchlein „Mit durchgeschmitzten Seilen an der Kette Noms“ „Die verkappten arminischen Gewerkschaften“ als bare Münze verbreitet, wird sowohl der Wartburg wie dem Janus und einer Anzahl sozialdemokratischer Zeitungen demnächst Gelegenheit gegeben werden, ihre Behauptungen vor Gericht zu beweisen.

Gegen die Mütter, von denen feststeht, daß sie in Köln verbreitet werden, ist bereits Klage eingereicht; gegen andere wird die Klage an dem zuständigen Gericht demnächst angestrengt werden. Die arminischen Gewerkschaften lehnen es ab, gegen solch tolles Zeug in längeren Ausführungen zu antworten. Ihre Gegner bekommen jetzt Gelegenheit, einmal das, was sie fünf Jahren gegen die arminischen Gewerkschaften behaupten, durch Zeugen zu beweisen.

Gewerkschaftliches.

Der Verband christlicher Schneider, Schneiderinnen und verwandter Berufe Deutschlands

veröffentlicht seinen Jahresbericht 1912. Der Verband hatte im Berichtsjahr eine Einnahme von 100.258,81 Mark gegen 81.066,23 Mark und eine Ausgabe von 107.746 Mark gegen 81.066,23 Mark im Vorjahr. Für die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Mitglieder wendete der Verband 43.362 Mark und 19.988 Mark im Vorjahr auf. Gelegentlich sind auch die Leistungen für Meinenunterstützungen, Kranken- und Sterbegeld von 7992 Mark auf 9128 Mark. Das Vermögen des Verbandes beträgt am Jahresschluß 30.838 Mark. Zwei große Kämpfe hatte der Verband zu bestehen, den Streit in der Aachener Konfektionsindustrie und die Generalausperrung im Hochschneidergewerbe. Beide Kämpfe endeten für den Verband mit gutem Erfolg. 33 Tarifverträge wurden neu abgeschlossen. Am Schluß des Jahres war der Verband an 113 Tarifverträgen, die von 5355 Firmen anerkannt sind, beteiligt. 4264 Mitglieder des Verbandes sind unter tariflichen Verhältnissen beschäftigt. An Lohnverbesserungen wurden für 1973 Verbandsmitglieder, die im Berichtsjahr an den Lohnbewegungen beteiligt waren 243.418 Mark, oder im Durchschnitt für ein Mitglied 113 M. erzielt. Die Mitgliederzahl des Verbandes stieg um 230 und betrug am Jahresschluß 4818; sie ist inzwischen auf über 5000 gestiegen. Der christliche Schneiderverband kann auf ein Jahr mühevoller aber erfolgreicher Arbeit zurückblicken. Für ihn gibt es aber auch in nächster Zeit noch große Aufgaben zu lösen; stehen doch die Berufsorganisationen des Schneiderverbandes vor den Beratungen eines Reichsarbeitsvertrages, der mit 1. März 1916 in Kraft treten soll. Dieser Umstand sollte alle christlich gesinnten Berufskollegen, die der Organisation noch fernstehen, veranlassen, Anschluß an den christlichen Schneiderverband zu suchen.

Ein Riesenhaß des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes.

Selten erlitt eine Organisation eine derart gründliche Niederlage, wie der sozialdemokratische Textilarbeiterverband in der Krefelder Färbereibewegung. Es verlohnt sich, auf den Verlauf dieser Bewegung einen kurzen Rückblick zu werfen.

Die Färbereibesitzer hatten bekanntlich noch dreitägigem Streit Lohnverbesserungen im Gesamtwert von 250.000 Mark pro Jahr, sowie eine Verlängerung der Arbeitszeit um eine Stunde pro Woche bewilligt. Dem einzelnen Färber machte die Aufbesserung für die Vertragsdauer 273,50 Mark aus. Auch in der strittigen Frage des Ablauftermins kamen die Unternehmer entgegen. Damit war nach Ansicht des christlichen Textilarbeiterverbandes ein ehrenvoller Abschluß möglich. Die verbleibenden Forderungen vermochten die Aufnahme der angebotenen Gesamtausperrung nicht zu rechtfertigen.

Die Fortführung des Kampfes bot auch keine Aussicht auf Erfolg; im günstigsten Falle konnte dieser nach einer Ausrufung des sozialdemokratischen Beamten Reichsweider nur ungewiss sein. Die Unternehmer betrachteten, nach dem ihre letzten Zugeständnisse ablehnten sozialdemokratischen Ultimatum vom 27. Febr., den Kampf als grundsätzlichen, als Nachkampf. Der Arbeitgeberverband hat sich dementsprechend wiederholt, am 31. März selbst öffentlich, dahingehend festgelegt, daß an weitere Zugeständnisse nicht zu denken sei. Es mußte also mit einer Niederlage der Arbeiterschaft gerechnet werden.

Allen Vernunftgründen zum Trotz entschied sich die sozialdemokratische Parteileitung für die Fortführung des Kampfes. Sie kapitalisierte damit vor dem Radaulismus und dem anarchoidealistischen Ideen der Färber.

Genau wurde sie hierbei von dem Bestreben, den christlichen Verband „bluten“ zu lassen und ihn in seinem Tomanen aktionsunfähig zu machen. Von dem Gesichtspunkte aus ist es auch zu verstehen, warum die sozialdemokratische Parteileitung vorerst nichts gegen die Verrichtung von Streitarbeit im Wuppertal unternahm.

All die angeführten Momente zwingen die christliche Parteileitung zu entschiedenem Handeln. Im Einverständnis mit den christlich organisierten Färbern beschloß sie, den Kampf abzugeben. Damit bewirkte sie die Aufhebung der Sperre. Dem nun einsetzenden roten Terror zum Trotz folgte ein großer Teil der christlichen Färber der Verbandsparole. Ten Arbeitgebern gelang es außerdem, Arbeitswillige von auswärts und aus den Kreisen der sozialdemokratisch organisierten Färber heranzuziehen.

Der weitere Verlauf des Kampfes zeichnete sich aus durch ein mißtes Geschehnisse auf den christlichen Verband. Die Arbeitsaufnahme durch die „paar Christlichen“ wurde als bedeutungslos hingestellt, und den Arbeitern nach wie vor der Sieg an die Wand gemalt.

Zerst befürmterte sich die Genossen auch etwas nahe um die Verrichtung von Streitarbeit. Die Wuppertaler Färber beschloßen zunächst, nur noch eine Woche stand zu machen, und nach einem Räte Mai ausgebrochenen Streit sagten sie endlich den Beschluß, Liebertunden gang zu verweigern, und zwar aus Solidarität mit den Krefelder Färbern. Darin liegt das Eingeständnis, daß Streitarbeit verrichtet wurde.

Selbst internationale Maßnahmen ergriff der tote Verband. In Basel und Zürich wurden Sozialkongresse inszeniert. Auch in Lyon (Frankreich) und Com. (Italien) suchte man die Färber mobil zu machen. All diese Maßnahmen kamen aber zu spät. Den Zusammenbruch der Krefelder Bewegung vermochten sie nicht aufzuhalten. Im Gegenteil, sie gestalterten das Mißis des sozialdemokratischen Verbandes erst recht zu einem gründlichen.

Zuerst kam die Niederlage im Wuppertal. Hier waren die Färber schon Mitte Mai in Streit getreten. Auf das Versprechen der Unternehmer hin, spätestens ab 1. August den Lohn zu erhöhen, und von Liebertunden abzugehen, nahmen sie die Arbeit wieder auf. Der mittlerweile wegen Einführung des Prämiensystems ausgebrochene Streit der Riemenbrecher wurde von der sozialdemokratischen Parteileitung rücksichtslos abgewürgt. Am 9. Juni traten die Färber neuerdings in Streit. Durch diesen gedachte man einen Druck auf die Krefelder Unternehmer auszuüben, auch stellte man neue weitergehende Lohnforderungen. Nach 14-tägiger Dauer brach dieser Streit zusammen. Heber dessen Ende berichtete der Elberfelder-Banner Generalanzeiger (Nr. 141):

„Jedem welche Zugeständnisse haben die Ausländigen nicht erzielt. ... Die Beschränkungen, die den Färbereibesitzern wegen der Verrichtung von Streitarbeit vor dem Ausbruch im Wuppertal auferlegt worden waren, sind fallen gelassen worden. Die Färbereibesitzer haben mithin völlig freie Hand hinsichtlich der Ausführung von Streitarbeit. Auch ist es ihrer Entscheidung überlassen worden, welche Arbeiter sie wieder einstellen wollen. Die Einstellung erfolgt nur nach Bedarf.“

Das ist die erste Niederlage des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes.

Damit ist aber auch das Schicksal des Färbereibesitzes in Basel und Zürich besiegelt. Die dortigen Arbeiter sollten für den deutschen sozialdemokratischen Verband den Reiter in der Not spielen. Zum Dank dafür fallen ihnen nunmehr die Wuppertaler Färbereigesellen durch Verrichtung von Streitarbeit in den Rücken. Damit sind ihre ohnehin recht geringen Aussichten auf einen materiellen Erfolg vollends auf den Gefrierpunkt gesunken. Die Niederlage ist bereits zur Tatsache geworden. Das ist das zweite Mißis des roten Verbandes.

Dazu kommt endlich das Riesenmißis in Krefeld. Noch malte der „Textilarbeiter“, das Organ des sozialdemokratischen Verbandes den Sieg an die Wand; im selben Moment aber waren die Genossen Hüßlich und Köffel auch schon damit beschäftigt, den Krefelder Färbereigesellen die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit schmackhaft zu machen. Ohne eine Spur von Erfolg wurde der Kampf abgebrochen. Einzeln mußten die Arbeiter um Arbeit fragen und einzeln den Tarif unterzeichnen. Hunderte bleiben auf der Strecke, weil ihre Stellen besetzt oder sie infolge maschineller Einrichtungen überflüssig wurden. Rauslos hat der sozialdemokratische Verband nahezu eine Million Mark Verbandsgebühren verbraucht und der Arbeiterschaft Hunderttausende an Arbeitslohn entzogen. Dazu kommt der immense Schaden, den die Industrie erlitt und der wiederum auch auf die Arbeiter eine ungünstige Rückwirkung haben muß. Endlich nicht zu vergessen die schweren Schläge, die der sozialdemokratische Verband durch seine unvernünftige Taktik dem Organisations- und Tarifgedanken verleiht hat.

Das ist das traurige Ende dieses sozialdemokratischen Färbereibesitzes. Mit Recht bezeichnet die „Soziale Praxis“ dieses Ende als eine furchtbare Niederlage der Streikenden. „Es wäre klüger gewesen“, meint sie, „den weitestgehenden Zugeständnisse der Arbeitgeber anzunehmen, ohne einer Taube auf dem Dache nachzujagen.“ Ganz unsere Meinung. Bei der sozialdemokratischen Parteileitung hingte aber der Haß gegen die christliche Konkurrenzorganisation über die Vernunft. Öffentlich wird ihr diese Bewegung eine, wenn auch bittere, so doch heilsame Lehre sein.

Der Lohnkampf in den Emmericher Margarinefabriken

ist nach zehnwöchiger Dauer mit gutem Erfolg für die beteiligten Arbeiter beendet worden. Der geforderte Mindestlohn wurde den streikenden Arbeitern bewilligt, und das völlig freie Koalitionsrecht den Arbeitern ausdrücklich zuerkannt. Die Hälfte der noch im Streit stehenden Arbeiter wird sofort wieder eingestellt. Die übrigen Arbeiter werden durch Vermittlung des Herrn Dr. Hoerner in anderen Betrieben in Arbeit gebracht oder nach Bedarf in seinem eigenen Betriebe. Der

Vorwort über die Firmen Koenner u. von Kossow wird auf der ganzen Linie aufgehoben.

Der Kampf wurde von beiden Seiten mit außerordentlicher Jähigkeit geführt. Die lange Dauer des Kampfes wird seitens der Arbeiter zunächst auf das einseitige Eingreifen der Polizei gegenüber der Arbeitgeber zurückgeführt, indem das Streikpolizeirecht nach dreiwöchiger Dauer verboten wurde. Auch das Verhalten der sozialdemokratischen Presse war nicht dazu angetan, ein baldige Verständigung herbeizuführen. So wurde bereits vor einigen Wochen der Gewerkschaftler Streik von dieser Presse als verloren bezeichnet.

Der Streik wurde vom christlichen Verände der Nahrungs- und Genußmittelindustriecorcorer abgelehnt.

Mundschan.

Ein Ueberfall auf christlich organisierte Arbeiter.

Die von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsvereinigten Rheinländer-Korlorade ausgegebene Parole: Der letzte christlich organisierte Arbeiter muß aus dem Rheinthalengebiet verdrängt werden, zeitigt interessante Klären. Nachdem bei der Firma Langheim u. Co. vom Jaan gebrochene Streik, der sich in der Hauptsache gegen die christlichen Arbeiter wendet, für die Gewerkschaften verloren ist, suchen sie nach schärferen Maßnahmen, um die von ihnen so gehähten christlichen Gewerkschaften aus der Welt zu schaffen. Wie nachstehender Fall zeigt, sollen insbesondere die Führer der christlichen Gewerkschaften aus dem Wege geräumt werden: Am Sonntag den 6. Juli fand in Jodgrum (Ahrweiler), eine von den christlichen Gewerkschaften einberufene öffentliche Versammlung für die Arbeiter und Bürger von Jodgrum statt. In dieser Versammlung wurde zu dem Vorgehen des sozialdemokratischen Transportarbeiterverbandes im Karlsruher Rheinthalen Stellung genommen. Um die Versammlung zu sprengen, hatten die Gewerkschaften ihre „intelligentesten“ Truppen aus der Pfalz und dem Karlsruher Gebiet zusammengetrommelt, doch konnten sie dabei nicht auf ihre Rechnung kommen.

Als nach Beendigung der Versammlung Gewerkschaftssekretär Kuhn aus Karlsruhe, der den Vortrag hatte, mit einigen christlichen Arbeitern zur Bahn ging, wurde er vor dem Bahnhof von etwa 40 Genossen, die unter Führung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbeamten Höfner und Reimüller standen, überfallen. Ohne alles weitere suchte man denselben zu Boden zu schlagen, wobei ständig die Drohung ausgesprochen wurde: „Trauf! der muß hier liegen bleiben!“ Der Eintritt in den Bahnhof war den christlichen Arbeitern versperrt und in dieser Gefahr mußte der Gewerkschaftsführer Höfner nichts anderes zu tun, als die Christlichen zu verpöhlen. Unter dem Schutze der christlichen Arbeiter mußte sich Kuhn, verfolgt von den mit Messern und Knütteln bewaffneten Genossen nach Jodgrum zurückziehen, wobei auf Kuhn und die Mitglieder mit Knütteln eingeschlagen wurde. Ohne die Ruhe und Muth der christlichen Arbeiter wäre das Schicksal zu befürchten gewesen. Das Vorgehen ist das Merkmal einer systematischen Verlogenheit gegen die christlichen Gewerkschaften und insbesondere gegen den Gewerkschaftssekretär Kuhn. Die Behörden haben sich bereits der Sache angenommen.

Arbeiterjugend und Gewerkschaft.

Bei dem Wettkampf um die Gewinnung der Jugend erweisen sich die „freien“ Gewerkschaften als erfolgreiche Jutreiber der Sozialdemokratie. Kürzlich wurde in der sozialdemokratischen Presse mit einem Ansporn zur Nachahmung auf die Lehrlingsabteilung des sozialdemokratischen Verbandes der Lithographen und Steinbrüder hingewiesen, der mit dieser Einrichtung den heranwachsenden gewerblichen Nachwuchs fast reiflos für die sozialistische Arbeiterbewegung zu gewinnen weiß. Für 10 Pfg. Wochenbeitrag wird den Lehrlingen geistige, körperliche und berufliche Ausbildung, wissenschaftliche Vertiefung, Kranken- und Sterbegeld in Aussicht gestellt, Fernreisen- und Arbeitslosenunterstützung sofort nach beendeter Lehrzeit. Die Leitung dieser Lehrlingsabteilung liegt in den Händen der Ortsvorstände; durch diese werden Kommissionen von Schülern und Lehrlingen eingesetzt. Insgesamt traten in den fünf Jahren 7771 Lehrlinge als Mitglieder ein. Von diesen beendeten 3042 ihre Lehrzeit, und diese traten sofort in der Schiffsabteilung des Verbandes ein. Gegenwärtig zählt diese Lehrlingsabteilung 2407 Mitglieder. — So wurde in dem erwähnten Artikel der sozialdemokratischen Presse lobend hervorgehoben. Wechnit nur hier im Lithographie- und Steinbrüdergewerbe wird auch in den übrigen Berufen von sozialdemokratischer Seite gearbeitet. Vorans die Tatsache sich ergibt, daß für die erwerbstätige Jugend der Schutz auf der Arbeitsstätte die dringlichste Nothwendigkeit ist. Dieser Schutz kann aber nur durch einflussreiche wirtschaftliche Organisationen gewährleistet werden, die ein Gegengewicht gegen die sozialdemokratische Bewegung bilden können. Das vermögen nur die christlichen Gewerkschaften, auf die unsere Arbeiterjugend frühzeitig hingewiesen werden muß.

Aus den Jahrestellen.

Klagen. Am 28. Juni feierte unsere Jahrestelle ihr 10-jähriges Bestehen. Der Vorsitzende, der ebenfalls als solcher ein 10-jähriges Jubiläum feiern konnte, gab einen Rückblick auf die Entwicklung der Jahrestelle, welche im Jahre 1903 im Anschluß an den christlichen Metallarbeiterverband gegründet wurde. Sehr viele Erfolge hatte die Jahrestelle aufzuweisen. Doch das Ziel sollte ein größeres sein. Deshalb legte sich unser Kollege Köbiger mit dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften in Verbindung, um einen Verband für das graphische Gewerbe zu gründen. Der Boden wurde erst sondiert, ehe an die Gründung eines

graphischen Verbandes herangetreten werden konnte. — Was dann in Köln am 1. Juli 1904 geschah. General erblinden wir Gegner, die uns mit aller Kraft niederdrücken wollten. Doch vergessend, die Aufgabe, welche wir uns gestellt hatten, suchten wir, soweit es in unseren Kräften lag, zu lösen. War das sollten wir die Gewerkschaften abgeben; denn nach einem halbjährigen Bestehen mußten wir von dem letzten Kampfmittel Gebrauch machen, da von den Kollegen eine von den Arbeitgebern zugeordnete geringe Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen abgelehnt wurde. Der Streik begann im Januar 1905 und dauerte 2 1/2 Wochen. Er endigte mit vollem Erfolg für die Kollegen. Erreicht wurde die Abschaffung der Notdarbeit, die Garantie eines Mindestlohnes, Bezählung der gesetzlichen Feiertage, die neunwöchige Arbeitszeit, sowie Bezählung der Ueberstunden mit Aufsicht, sowie die Einstellung sämtlicher Kollegen. Leider mußte Kol. Köbiger auf eine Wiederwahl verzichten. Der Firmeninhaber mußte einen Einbehold haben, auf dem alles abgeben wurde. Der Vorsitzende hatte versucht, während der Kündigung auch die Kollegen für den Verband zu gewinnen, doch dies sollte schwer gelöst werden. Man zeigte ihm der Staatsanwaltschaft wegen angeblicher Verdrängung an. Trotzdem die geladenen Arbeiterinnen vor Gericht erschienen, ist niemals durch den Vorsitzenden Verhöhr geföhrt zu haben, wurde er dennoch zu 5 Tagen Gefängnis verurteilt. Sämtliche Festungen wurden angetreten, und es konnte kein Urteil erlangt werden; jetzt eine Verantwortung der Begründung wurde abgelehnt; und so gab es Schwierigkeiten von allen Seiten.

Im Jahre 1906 wurde der erste Tarif für die Lithographen abgeschlossen, welcher bis 1908 dauerte. Die Erneuerung, desselben wurde durch das Verhalten des roten Bundverbands vereitelt.

Als zweiter Redner nahm Kartellsekretär Friesdorf das Wort. Er schilderte in gemeinverständlichem Bilde den augenblicklichen Stand der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Die Worte des Kartellsekretärs fanden allseitigen Beifall. Der Vorsitzende dankte dem Redner für seine lehrreichen Ausführungen und ermahnte die Kollegen, in diesem Sinne tätig zu sein. Der erste Teil konnte jetzt abgeschlossen werden, worauf in anbeacht der Doppelfeier noch manche Stunde in gemüthlicher Weise zugebracht wurde.

Kollege Köbiger hob die Verdienste des Kollegen Köbiger hervor. Die Kollegen wetteiferten alle, um den Abend zu verzeichnen. Jeder trug seinen Teil mit dazu bei. Ein Hoch galt unserer Jahrestelle und dem 1. Vorsitzenden Kollege Köbiger. Wenn die Anregungen, welche gegeben worden sind, von allen Mitgliedern befolgt werden, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben und Aachen wird wieder eine blühende Jahrestelle werden.

Konn. Seit langer Zeit war es den Mitgliedern der Jahrestelle wieder einmal vergönnt, einem sehr interessanten Vortrage, gehalten von Herrn Stud. Grutzeir, lauschen zu können. Die Versammlung wurde um 9 1/2 Uhr vom Vorsitzenden Kol. Josef Kemmel eröffnet. Er hielt alle Erscheinenden herzlich willkommen, besonders begrüßte er den Herrn Referenten des Abends. Nachdem der geschäftliche Teil erledigt war, nahm der Herr Referent das Wort zu dem interessanten Vortrage. Dem eigentlichen Thema schied er voraus, daß es ihm eine Freude bereite, wiederum mal vor Leuten aus dem Handwerker- und Arbeiterstande sprechen zu können. Da jedoch sehr viele Angehörige dieser Stände eine andere Meinung von eigentlichen Studenten ausüben, hätte eine Vereinigung sich gebildet, deren Hauptaufgabe es sei, die Versammlungen sämtlicher auf christlicher Grundlage fundierenden Vereine durch Vorträge auf allen Gebieten möglichst interessant zu gestalten. Redner kritisierte die einzelnen Vortragsmethoden und gab zu verstehen, daß gerade sie, die Vereinigung sozialer Studentenarbeiten, es sich zur idealen Aufgabe gemacht habe, die großen Gegensätze zwischen Student und Arbeiter zu beseitigen und ein einiges Band zu schaffen zum Wohle des ganzen Volkes. Deshalb sei jener Vorwurf zurückzuweisen und er hat die Anwesenden, dieses auch zu geeigneter Stunde auszuführen. Nun kam er zu dem eigentlichen Thema, welches uns genante, einen Blick zu werfen in die Kultur der Aegypter. Der Vortrag gefiel Allen sehr gut und erzielte der Redner dafür den reichlichen Beifall der Versammlung, sowie den Dank derselben. Es ist sehr zu begrüßen, daß auch mal andere Themata und Vorträge behandelt werden in den Versammlungen, denn dieselben finden sehr großen Anklang in den Reihen der Mitglieder. Warum soll nicht auch der Handwerker und Arbeiter mal einen Einblick wagen in die idealen Schätze der Menschheit? Auch der Angehörige des Arbeiterstandes hat ein deutbares Verlangen für solche Themen und deshalb begrüßen wir es freudig, daß auch in der Stadt Bonn die soziale Studentenbewegung uns des öfteren mit sehr interessanten und belehrenden Vorträgen gerne und freudig unterstützt. Das gibt neue Anregung und auch neue Schaffenskraft zum Wohle des Arbeiterstandes.

Werden. Einen materiellen Erfolg erzielen die bei uns organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter der hiesigen Kurbetrieb, indem dort durch das Eingreifen unseres Verbandes Lohnzulagen von täglich 10 bis 50 Pfg. zugunsten wurden.

Eingeleitet wurde die Lohnbewegung Anfang d. Mt. durch eine schriftliche Eingabe unserer Zentralleitung zwecks besserer Entlohnung einer Anzahl männlicher und weiblicher Personen.

Die von uns angeregte mündliche Auseinandersetzung zwischen den Vertretern des Betriebes und der Arbeiterschaft hat am Sonntag, den 6. Juli stattgefunden und hat nach längerer Debatte das oben angeführte Resultat beigeigt.

Die Aufbesserung wäre jedenfalls noch allgemeiner und größer gewesen, wenn nicht ein Teil des Personals sich grundtätlich unsern Zusammenstrebungen abgeneigt zeigte zum Schaden und zum Nachtheil aller dort Beschäftigten.

Zur Ehrenrettung für unsere Mitglieder möge aber gesagt sein, daß die Aufsichtspersonen, ehe sie über die Arbeit unserer Leute abfällig urtheilen, vielleicht besser wären, die Leistungen der bekannten Unorganisierten genau zu prüfen, vielleicht entdeckt man dann diejenigen, die den Betrieb schädigen.

Den unsern sei der Rat gegeben, nach wie vor dem Betriebe gegenüber ihre Pflicht zu tun und sich der Aufbesserung wert zu zeigen, dann kann und wird die Organisation ihnen auch in Wahrheit eine Stütze sein können, trotz aller Anfeindungen und trotz der scharfen Zungen der heute noch abseits stehenden Arbeiter.

Literarisches.

Welcher Berufsorganisation sollen sich die evangelischen Arbeiter und Arbeiterinnen anschließen? Vor kurzem hat Kollege Valtrufsch-Köln eine 32-seitige Broschüre mit dem obigen Titel gedruckt. Die Broschüre eignet sich zur Agitation unter evangelischen Kollegen. Sie begründet die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation auch für die gläubigen und national gesinnten evangelischen Arbeiter, kennzeichnet unter Einführung von Beweismaterial die freien, Griech.-Dunderschen und gelben Gewerkschaften und begründet die Nothwendigkeit der christlichen Gewerkschaftsidee unter Zitierung hervorragender Stimmen aus dem evangelischen Arbeiter- und Jugendvereinslager, sowie der Stimmen von weithin bekannten evangelischen Männern, die sich für die christlichen Gewerkschaften aussprechen.

Die Broschüre wird um 5 Pfg. pro Stück abgegeben, bei Mehrbezug noch billiger. Sie eignet sich zur Verteilung in Konferenzen, sowie an Freunde unserer Sache, wie auch an intelligente Unorganisierte. Erhältlich ist dieselbe im christlichen Gewerkschaftsverband Köln, Venloerwall 9.

Briefkasten.

I. in Bonn. Bei Manuskripten darf immer nur eine Seite beschrieben werden. Mühsam war dringend notwendig. Ardi. Gruß!

Versammlungskalender.

Versammlungen finden statt:

- Klagen. Jeden 2. Samstag im Monat im Restaurant Nilsleben-Abalbertsteinweg 154, Ecke Viktoriastraße.
- Kugberg. Jeden 2. Samstag im Monat im Gewerkschaftshotel „Schützenhalle“ Wintergasse 12.
- Barmen. Jeden 1. Samstag im Monat abwechselnd in der Reftr. Wilms, Ludwigsstr. 81 in Elberfeld und im Reftr. Udermann Oberbdrnerstr. 18 in Barmen.
- Berlin. Jeden 1. Donnerstag im Monat bei Müller, Stralauerstr. 53 (Wärterheim) pünktlich 8 1/2 Uhr.
- Bielefeld. Jeden 1. Mittwoch im Monat im christl. Gew.-Haus bei Debour, Herforderstr. 24. Anfang 8 Uhr.
- Bonn. Jeden ersten Samstag im Monat, abends 9 Uhr im Restaurant Köln, Bonngasse 4.
- Dießen (Oberh.). Jeden 1. Samstag nach dem 16. eines jeden Monats findet im Gasthof „Neue Post“ unsere Versammlung statt.
- Donauesch. Jeden 1. Samstag im Monat im Gasthaus „Zum Schafen Eck“ (Karl Köhner).
- Duisburg. Jeden 4. Samstag im Monat im Restaurant Corso Friedr. Wilh.-Platz, Ecke Sonnenwall.
- Düsseldorf. Nächste Versammlung am 26. Juli.
- Effen. Jeden 1. Dienstag im Monat, 8 1/2 Uhr im Restaurant Karl Rosen, Alfriedplatz.
- Freiburg. Samstag, den 28. Juli im Verkehrslokale Brauerei Ganter, Schiffstr.
- Freitag. Jeden letzten Samstag im Monat Versammlung im christl. Gewerkschaftshaus zum Jägerwies.
- Gagen. Jeden Samstag nach Erscheinen der Zeitung bei Eichhof, Körnerstr. 19.
- Hamburg. Nächste Versammlung am 19. Juli im Vogelweins-Gesellschaftshaus, Schlachterstr. 43/44.
- Kempten. Jeden ersten Samstag im Monat abends 9 Uhr im Restaurant „Central“.
- Kreuzler. Nächste Versammlung am 26. Juli.
- Köln. Am 19. Juli im Dreieck mit Vortrag.
- Münster. Jeden 2. und 4. Samstag im Monat im Schannergarten, Schommerstr. (5 Minuten vom Bahnhof).
- N. Gladbach. Jeden 1. Samstag im Monat beim Wirt Paul Lambert, Sieppesstraße 1/9 Uhr.
- N. Gladbach-Poll. Jeden 2. Samstag im Monat Mittelversammlung beim Wirt Peter Drehsen. Am volksthümliches Erscheinen wird dringend gebeten.
- Münster. Samstag, den 19. Juli bei Tillmann Kölnstr. 10, volksthümliches Erscheinen Grenzpflicht.
- Nürnberg. Jeden 3. Samstag im Monat Mittelversammlung im Restaurant Kaufertor.
- Paderborn. Jeden 2. Dienstag im Monat im Bismarckhaus.
- Regensburg. Jeden 2. Samstag im Monat in der Jahn-Hierseckente.
- Stuttgart. Am 1. Montag jeden Monats, abends 8 1/2 Uhr Versammlung im Lokal Herzog Christoph, Christophstraße Nr. 11.
- Würzburg. Jeden Mittwoch nach Erscheinen der Zeitung bei Scholl, Sandaasse.

Unsere werthen Kollegen

Peter Jakobs und Franz Niederau

zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Jahrestelle Leubersdorf.

Unsere werthen Kollegen

Philipp Gran und Peter Anauß

zu ihrer Vermählung die innigsten Segenswünsche. Jahrestelle Bonn.

Verantwortlich: L. Sedlmayr, Köln, Venloerwall 9. Druck: Köln-Chronefelder Handeldrucker, Klarstr.